Beteiligungsbericht 2008

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort des Ersten Kreisbeigeordneten Thomas Metz 3
2. Abkürzungsverzeichnis 5
3. Allgemeines 6
3.1 Kommunalrechtliche Vorschriften 6
3.2 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen 7
3.3 Gesamtübersicht 10
3.4 Wirtschaftliche Daten der Eigenbetriebe/ Gesellschaften mit mehr als 50 % Beteiligung 11
3.5 Wirtschaftliche Daten der Eigenbetriebe/ Gesellschaften Beteiligungsstrukur 12

4. Eigenbetriebe 13
4.1 Eigenbetrieb Rettungsdienst Kreis Bergstraße 14
4.2 Eigenbetrieb Neue Wege 18
4.3 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft 22

5. Kapitalgesellschaften 26
5.1 Kreiskrankenhaus gGmbH 27
5.2 Kreiskrankenhaus Bergstraße - Service GmbH 33
5.3 Bergsträßer Umwelt Service GmbH (BUS GmbH) 37
5.4 Naturschutzzentrum Bergstraße GmbH 41
5.5 WuB – Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung GmbH 45
5.6 Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH 49
5.7 ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Bergstraße KG, Düsseldorf 54
5.8 ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Strata Montana KG, Düsseldorf 58

6. Zweckverbände 62
6.1 Zweckverband Region Starkenburg 63
6.2 Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße 66
6.3 Verband Region Rhein-Neckar 70
6.4 Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd 73
6.5 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN) 76

7. Wasserverbände 80
7.1 Gewässerverband Bergstraße 81
7.2 Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost 84
7.3 Wasserverband Hessisches Ried 88

8. Gesetzliche Grundlagen (Auszüge) 93

1. Vorwort des Ersten Kreisbeigeordneten Thomas Metz

Liebe Leserin, lieber Leser,

die vierte Ausgabe des Beteiligungsberichtes bietet erneut in kompakter Form eine Übersicht über die wirtschaftlichen Betätigungen des Kreises Bergstraße.

Hinsichtlich des Informationsgehaltes stellt dieser Bericht eine konsequente Weiterentwicklung dar. So sind gegenüber dem Vorjahr weitere Aussagen, wie

- *Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks der Unternehmen*
- *Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführung und –entnahme des Kreises und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahme und die von Kreis gewährten Sicherheiten*

hinzugekommen.

Der Beteiligungsbericht 2008 macht somit die Verbindungen des Kreises Bergstraße zu den öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Unternehmen transparent. Die systematische Bereitstellung der im Bericht aufgezeigten Daten und Informationen gibt einen Überblick über die wirtschaftliche Situation der einzelnen Unternehmen und zeigt den Stand der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben, welche außerhalb des Kreishaushalts erbracht werden.

Diese Informationen sollen den Entscheidungsträgern als Arbeitsgrundlage dienen und darüber hinaus interessierten Bürgerinnen und Bürgern einen Überblick über unsere Beteiligungen geben.

Gegenüber den vorangegangenen Berichten, die auf freiwilliger Basis erstellt wurden, besteht durch die Kommunalrechtsnovelle 2005 erstmals eine Verpflichtung zur Erstellung des Beteiligungsberichtes. Neu ist auch die Drittschutzwirkung zugunsten privater Anbieter. Hiernach sind wir verpflichtet, vor Gründung einer Gesellschaft zu prüfen, ob der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, oder der Zweck nicht ebenso gut durch einen privaten Anbieter erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Grundlage bilden hierbei die geprüften Jahresabschlüsse der Gesellschaften und anderer Einrichtungen für das Geschäftsjahr 2006. Sämtliche Daten können bei der Kreisverwaltung, Abteilung Finanz- und Rechnungswesen, eingesehen werden.

Allen Mitarbeitern, Geschäftsführern, den Vertretern der Gremien, sowie den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gilt mein Dank für die engagierte Arbeit im Geschäftsjahr 2006.

Ich hoffe, dass der vierte Beteiligungsbericht auf reges Interesse stößt und sich zu einem häufig genutzten Nachschlagewerk entwickelt.

Heppenheim, im Mai 2008

Thomas Metz
Erster Kreisbeigeordneter

2. Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
EB	Eigenbetrieb
gGmbH	(gemeinnützige) Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HAKA	Hess. Ausführungsgesetz zum KrW-/AbfG
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HKO	Hessische Landkreisordnung
HRB	Handelsregisterblatt
i. S.	im Sinne
p. a.	pro anno
TKV	Tierkörperverwertung

3. Allgemeines

3.1 Kommunalrechtliche Vorschriften

Das Grundgesetz sichert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung zu regeln (Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz).
Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, der Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung ihrer Aufgaben sicherstellen wollen.

Die Hessische Landkreisordnung (§ 52 (1) HKO) in Verbindung mit der Hessischen Gemeindeordnung (§ 121 HGO) eröffnet den Landkreisen die Möglichkeit, wirtschaftliche Unternehmen zu errichten, zu übernehmen oder wesentlich zu erweitern, wenn

- der **öffentliche Zweck** das Unternehmen rechtfertigt und dieser Zweck durch das Unternehmen wirtschaftlich erfüllt werden kann

und

- das Unternehmen nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit** des Landkreises und zum voraussichtlichen **Bedarf** steht.

Die gleichen Voraussetzungen gelten, wenn sich ein Unternehmen, an dem Kommunen mit insgesamt mehr als 50 % beteiligt sind, an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

§ 127 a der Hessischen Gemeindeordnung schreibt vor, dass

- wirtschaftliche Unternehmen so zu führen sind, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Dabei sollen sie einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird (Ertragsgebot).

Beteiligungen der Kommunen unterliegen demnach konkreter rechtlicher Vorgaben. Sie müssen inhaltlich wie wirtschaftlich ihren Beitrag zur Aufgabenerfüllung der Kommunen leisten (§ 121 HGO).

Die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde, die nach § 52 HKO auch für die Landkreise gelten, sind am Ende des Berichtes abgedruckt.
Beteiligungen zählen zum Anlagevermögen. Der Erwerb oder die Erhöhung einer Beteiligung sowie Veräußerungserlöse sind deshalb im Vermögenshaushalt als Ausgabe bzw. Einnahme zu veranschlagen. Gewinnausschüttungen und Dividenden sind dagegen im Verwaltungshaushalt als Einnahme nachzuweisen.

3.2 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden werden die verschiedenen Organisationsformen näher definiert.

3.2.1 Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes. Hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftsführung sind diese Unternehmen verselbstständigt, d. h. von der übrigen Kreisverwaltung getrennt (eigene Planung, Buchführung und Rechnungslegung sowie eigene Personalwirtschaft). Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen und gelten als Sondervermögen des Kreises. Der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).
Organe der Eigenbetriebe sind die Betriebsleitung und die Betriebskommission.

3.2.2 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)

Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) verfügen über eine eigene Rechtspersönlichkeit.
Die Gesellschafter sind mit Einlagen auf das in Stammanteile zerlegte Stammkapital (Mindestkapital 25.000,00 EUR) beteiligt, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften (es besteht eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“). Die Organe der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist nach dem Gesellschaftsrecht freigestellt - für Gesellschaften mit kommunaler Beteiligungen wegen § 122 (1) Nr. 3 HGO jedoch die Regel (Sicherung der Einflussnahme). Die GmbH beruht auf einem Vertrag, den die Gesellschafter bzw. der Gesellschafter abschließt (Gesellschaftsvertrag, auch Satzung der GmbH genannt).
Diese Rechtsform kommt im kommunalen Bereich sehr häufig vor, da das GmbH-Recht den Gesellschaftern große Gestaltungsspielräume ermöglicht (z. B. Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages).

3.2.3 gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH)

Die gemeinnützige GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der besondere Steuervergünstigungen gewährt werden. Sie ist keine eigene Gesellschaftsform und unterliegt den Vorschriften des GmbH-Gesetzes. Die Inanspruchnahme der Steuervergünstigungen richtet sich nach den §§ 51 ff. der Abgabenordnung.

Entsprechen Satzung und tatsächliche Geschäftsführung den Anforderungen des Gemeinnützigkeitsrechts, dann wird die gGmbH von bestimmten Steuern ganz oder teilweise befreit. Ihre Gewinne sind dann weitgehend gebunden, d.h. sie dürfen grundsätzlich nicht an die Gesellschafter ausgeschüttet werden, sondern müssen für den gemeinnützigen Zweck verwendet werden.

Die Verwendung des kleinen Buchstabens „g“ vor der Bezeichnung „GmbH“ ist eine firmenrechtliche Besonderheit, mit der auf eine gemeinnützige Betätigung der GmbH hingewiesen werden soll, zur Unterscheidung von der auf Gewinn zielenden, unternehmerischen Betätigung der GmbH.

3.2.4 Aktiengesellschaften (AG)

Aktiengesellschaften (AG) sind Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, die ein in Aktien zerlegtes Grundkapital aufweisen. Die Gesellschafter (Aktionäre) sind mit einem Teil des Grundkapitals beteiligt ohne „persönlich“ für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften. Organe der Aktiengesellschaft sind der Vorstand (verantwortlicher Leiter der AG nach innen und außen), der Aufsichtsrat (Kontroll- und Überwachungsorgan) und die Hauptversammlung (Beschlussorgan).
Im Gegensatz zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung sieht das Aktienrecht für Aktiengesellschaften umfangreiche Regelungen und Formvorschriften vor. Für ergänzende individuelle Ausgestaltung des Vertragsverhältnisses der Aktionäre bleibt wenig Raum. Der Verselbstständigungsgrad der Gesellschaften gegenüber den Gesellschaftern ist als sehr weitgehend anzusehen.

3.2.5 Zweckverbände

Zweckverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner, bestimmter kommunaler Aufgaben dienen, zu deren Erledigung die Gemeinde oder der Landkreis berechtigt bzw. verpflichtet ist. Sie verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung. Organe des Zweckverbandes sind der Verbandsvorstand (Verwaltungsbehörde, vertritt den Zweckverband) und die Verbandsversammlung (oberstes Organ, entscheidet gem. Satzung über alle wichtigen Angelegenheiten).

3.2.6 Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts, denen das Recht zur Selbstverwaltung eingeräumt wird. Im Gegensatz zu den Zweckverbänden, in denen grundsätzlich nur Gebietskörperschaften Mitglieder sein können, kommen bei Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche und andere juristische Personen in Betracht. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass Wasser- und Bodenverbände nur für bestimmte Aufgaben im Bereich der Wasser- und Bodenbewirtschaftung gegründet werden können. Grundsätzlich stellen Wasserverbände auch keine wirtschaftlichen Unternehmen im Sinne des §121 HGO dar.

3.2.7 Genossenschaften

Genossenschaften sind Gesellschaften, welche die Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs bezwecken. Im Statut der Genossenschaft wird geregelt, ob und in welcher Höhe die Genossen im Konkursfall zur Leistung von Nachschüssen verpflichtet sind. Für Genossenschaften ist charakteristisch, dass sie keinen ei-

genen wirtschaftlichen Zweck verfolgen, insbesondere keinen eigenen Gewinn anstreben, sondern den sonstigen Wirtschaftsbetrieb ihrer Mitglieder unmittelbar fördern wollen. Organe der Genossenschaft sind die Generalversammlung (bei mehr als 1.500 Mitgliedern „Vertreterversammlung“), der von der Generalversammlung bestellte Vorstand (mindestens zwei Mitglieder), dem Geschäftsführung und Vertretung der Genossenschaft obliegt, sowie der zur Überwachung der Geschäftsführung von der Generalversammlung gewählte Aufsichtsrat.

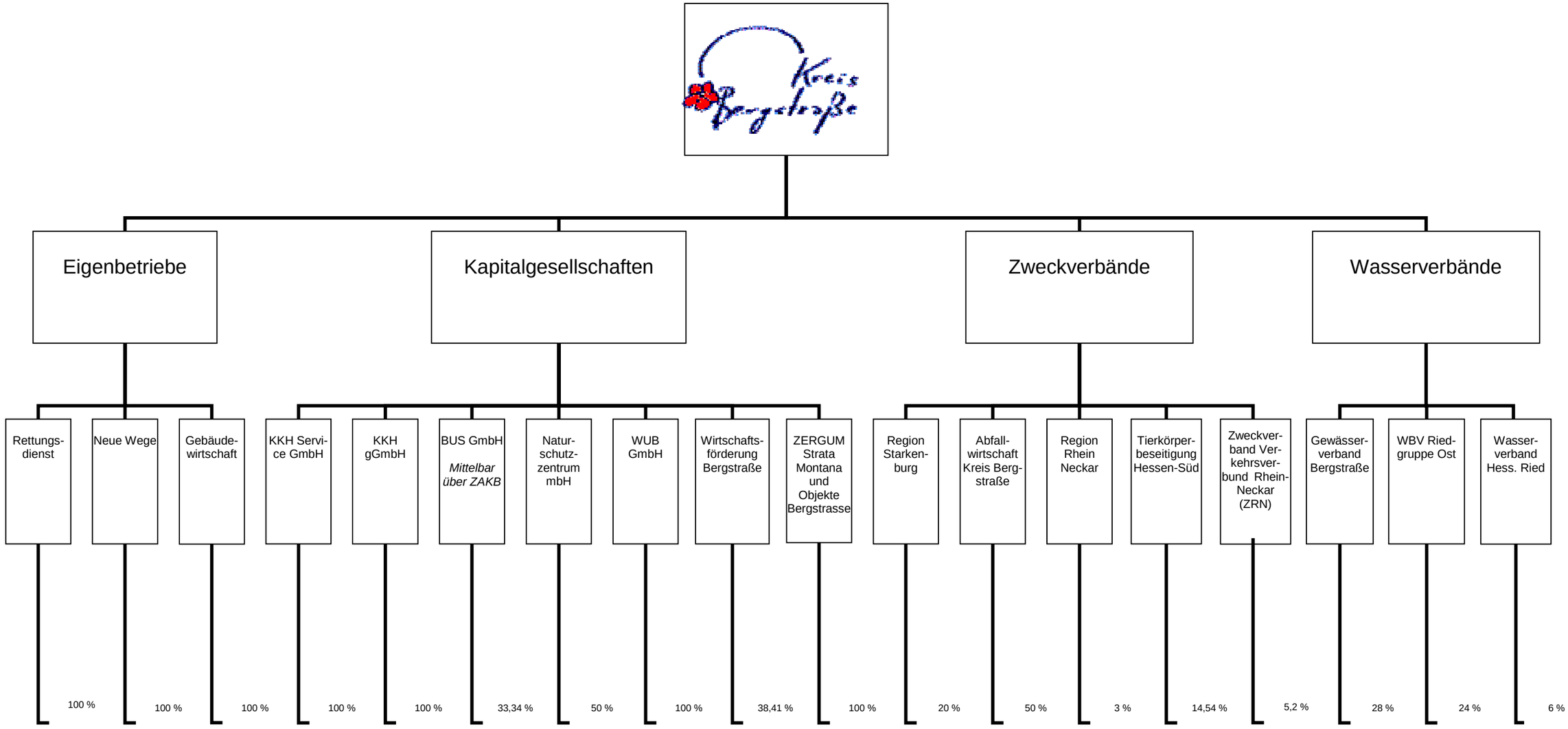
3.2.8 Eingetragene Vereine (e. V.)

Vereine sind auf Dauer angelegte, freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wobei der Zweck vom jeweiligen Mitgliederbestand unabhängig ist. Organe bei den Vereinen sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

3.2.9 Stiftungen

Stiftungen sind rechtsfähige Organisationen zur Verwaltung eines von einem Stifter zweckgebundenen Vermögenswertes. Im Vordergrund stehen Vermögensmassen, deren Erträge bestimmten Zwecken zugute kommen sollen. Stiftungen gibt es sowohl im öffentlichen als auch im bürgerlichen Recht. In der Stiftungsverfassung müssen Bestimmungen über die Organe getroffen werden. Vom Gesetz ist zwingend nur der Vorstand vorgesehen. Als Überwachungsorgan wird in der Regel ein Stiftungsrat (auch Aufsichtsrat, Beirat oder Kuratorium genannt) gebildet.

3.3 Gesamtübersicht



3.4 Wirtschaftliche Daten der Eigenbetriebe/ Gesellschaften mit mehr als 50 % Beteiligung

Eigenbetriebe des Kreises Bergstraße	Seite	Kapitalanteil	Bilanzdaten 2006			GuV Daten 2006		
			Anlage-vermögen €	Eigenkapital €	Bilanzsumme €	Umsatzerlöse/ Transfererträge €	Personal-aufwand €	Jahres-ergebnis* €
Rettungsdienst	14	100%	1.068.403,51	420.007,64	1.194.462,61	794.510,16	159.184,38	5.939,39
Gebäudewirtschaft	22	100%	280.970.073,00	340.904.667,68	507.780.079,35	27.412.147,25	8.962.529,04	0,00
Neue Wege	18	100%	449.165,00	269.715,00	11.920.611,89	6.365.083,83	2.516.656,52	0,00

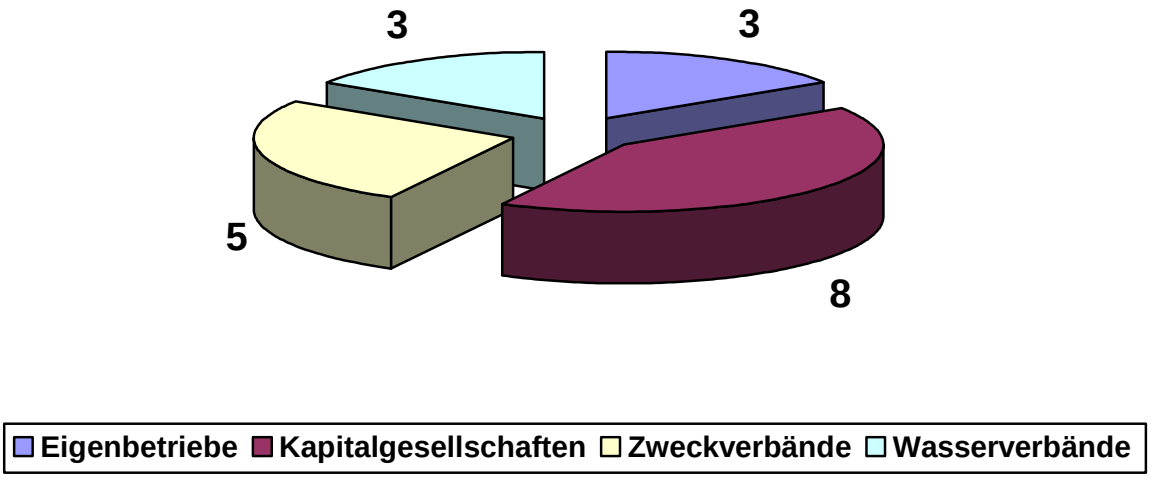
Kapitalgesell-schaften, an denen der Kreis unmittel-bar beteiligt ist	Seite	Kapitalanteil	Bilanzdaten 2006			GuV Daten 2006		
			Anlage-vermögen €	Eigenkapital €	Bilanzsumme €	Umsatzerlöse €	Personal-aufwand €	Jahres-ergebnis* €
Kreiskrankenhaus	27	100%	28.180.441,96	5.449.883,18	36.609.676,64	34.119.540,48	9.590.335,29	0,00
Service GmbH	33	100%	82.552,06	14.256,79	215.775,21	1.407.616,62	1.189.180,73	0,00
ZERGUM								
-Objekte Bergstrasse	58	100%	215.262.285,00	39.350.025,29	216.162.828,41	8.764.217,15	0,00	-1.398.764,34
-Strata Montana	62	100%	100.130.272,00	14.039.654,37	100.147.305,98	585.885,94	0,00	-70.345,63
WuB GmbH	45	100%	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

*** = Jahresergebnis nach Gewinn-/ Verlustvortrag**

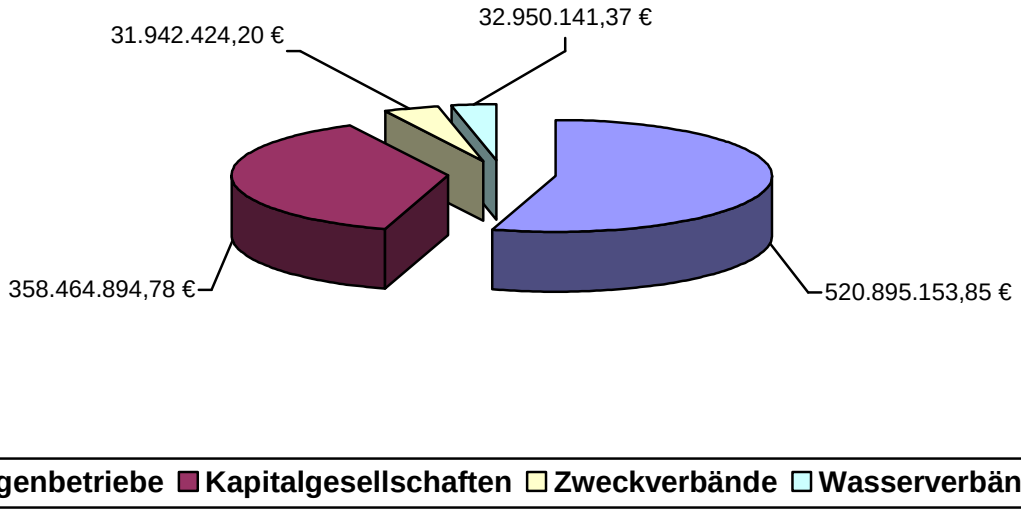
3.5 Wirtschaftliche Daten der Eigenbetriebe/ Gesellschaften

Beteiligungsstrukur

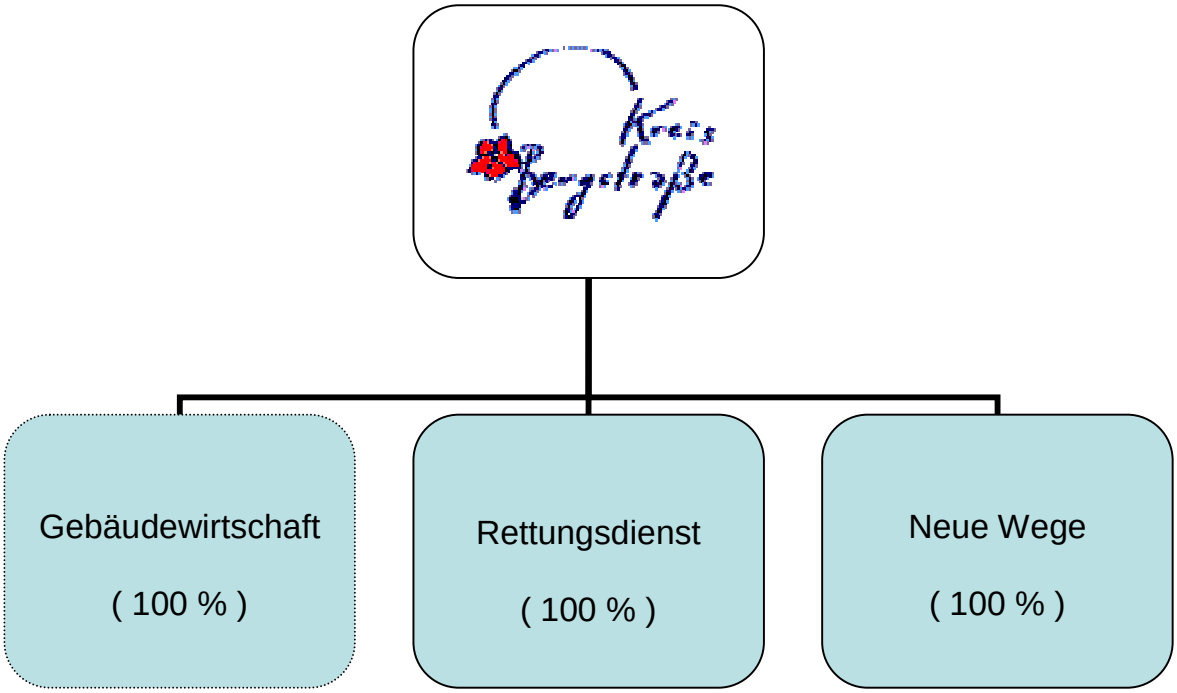
Verteilung nach Anzahl



Verteilung nach Bilanzsumme



4. Eigenbetriebe



4.1 Eigenbetrieb Rettungsdienst Kreis Bergstraße

Werléstraße 4
64646 Heppenheim

Telefon: (06252) 15 - 7777
Email: Peter.Grabowski@kreis-bergstrasse.de

4.1.1 Gegenstand des Unternehmens

Unterstützung des Kreisausschusses bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben nach dem Hessischen Rettungsdienstgesetz.

4.1.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Im Kreis Bergstrasse wird Notfallrettung und qualifizierter Krankentransport von den Hilfsorganisationen Johanniter-Unfall-Hilfe, Deutsches Rotes Kreuz und Malteser Hilfsdienst durchgeführt.

Alle Rettungsmittel werden von der Zentralen Leitstelle Bergstrasse in Heppenheim disponiert. Als Zentrale (integrierte) Leitstelle ist sie auch zuständig für die Alarmierung von Feuerwehr und Katastrophenschutz im Kreis.

Betreiber der Leitstelle ist der Kreis Bergstrasse, welcher gleichzeitig auch Aufsichtsbehörde für den Rettungsdienst ist.

4.1.3 Organe des Unternehmens

Betriebskommission:

Mitglieder des Kreisausschuss
- Herr Matthias Wilkes, Vorsitzender
- Herr Jürgen Lehmberg
- Herr Dieter Roos

Mitglieder des Kreistages
- Herr Jürgen Kaltwasser
- Herr Klaus-Peter Stricker
- Herr Horst Wondrejz

Mitglieder des Personalrates
- Herr Andreas Ringhof
- Herr Frank Jakob

Sachkundige Personen
- Herr Dr. Roland Kirschenlohr
- Herr Wolfgang Müller

Betriebsleitung:	Herr Peter Grabowski
Vergütung der Betriebsleitung:	Basierend auf § 123 Abs. 1 HGO i. V. m. §§ 285 Nr. 9a, 286 Abs. 4 HGB wurde auf die Angabe der Bezüge verzichtet.

4.1.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Eigenbetrieb
Gründung:	01. Januar 1999
Stammkapital:	80.000,00 €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 10.12.2007
Abschlussprüfer:	W&P AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bensheim

4.1.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Der Kreis Bergstraße leistete in 2006 seinen gesetzlichen Eigenanteil in Höhe von 202 T€ sowie Personalausgaben in Höhe von 69 T€.

4.1.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Der Zuschussbedarf des Kreises im Jahre 2006 betrug 208.550 €.

4.1.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

4.1.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	52.855,00	71.735,51
II. Sachanlagen	1.015.548,51	1.048.587,72
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
	1.068.403,51	1.120.323,23
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	125.888,71	125.956,30
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	55.974,02
	125.888,71	181.930,32
C. Rechnungsabgrenzungsposten	170,39	153,27
AKTIVA insgesamt	**1.194.462,61**	**1.302.406,82**

PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	80.000,00	80.000,00
II. Rücklagen	318.000,00	175.000,00
III. Gewinnvortrag	0,00	9.694,74
IV. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	22.007,64	150.573,51
	420.007,64	415.268,25
B. Rückstellungen	25.686,35	23.827,91
C. Verbindlichkeiten	748.768,62	863.310,66
PASSIVA insgesamt	**1.194.462,61**	**1.302.406,82**

4.1.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006	Vorjahr
	€	€
1. Umsatzerlöse	794.510,16	765.851,88
2. Sonstige betriebliche Erträge	355.279,52	329.413,03
	1.149.789,68	1.095.264,91
3. Personalaufwand	841.562,82	776.464,58
4. Materialaufwand	23.519,43	23.519,23
	865.082,25	799.983,81
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	96.585,15	35.062,36
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	159.184,38	103.714,99
	255.769,53	138.777,35
7. Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen	0,00	354,46
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.239,59	14.743,55
	4.239,59	15.098,01
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	27.238,10	21.028,05
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**5.939,39**	**150.573,71**
11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**5.939,39**	**150.573,71**
12. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	7.000,00	0,00
13. Vortrag auf neue Rechnung	9.068,25	0,00
14. Bilanzgewinn	**22.007,64**	**150.573,71**

4.1.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Mit einem Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 5.939,39 € und einem Bilanzgewinn von 22.007,64 € ist das Jahr 2006 wiederum erfolgreich verlaufen. Die im Erfolgsplan kalkulierten Erträge wurden um 20 T€ (1,8%) über- und die Aufwendungen um 2 T€ (0,2%) unterschritten. […]

Die wichtigste Anlage, Einsatzleitrechner, ist im Jahr 2005 inklusive Software modernisiert und funktionell erweitert worden; sie ist gut ausgelastet. […]

Das Eigenkapital hat sich von 415,3 T€ (31,9%) auf 420 T€ (35,2%) erhöht. […]

Zur Risikoabsicherung ist zu sagen, dass angemessene Versicherungen bestehen.
Die Zahlen des ersten Quartals 2007 deuten auf eine Fortsetzung der positiven Entwicklung hin.“

4.2 Eigenbetrieb Neue Wege

Graben 15
64646 Heppenheim

Telefon: (06252) 15-6001
Internet: www.neue-wege.org

4.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Wahrnehmung und Durchführung der Aufgaben des Landkreises Bergstraße nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

4.2.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Seit dem 01.01.2005 ist die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zu Arbeitslosengeld II (Hartz IV) für den Personenkreis der erwerbsfähigen Sozialleistungsbezieher wirksam.

Im Kreis Bergstraße wurde von der Option Gebrauch gemacht, die künftige Leistungsgewährung und Arbeitsvermittlung selbst in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck wurde der Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße eingerichtet. Insgesamt an 4 Standorten hat er seine Arbeit aufgenommen; damit soll den betroffenen Bürgern möglichst nahe am Wohnort geholfen werden. Diese Standorte heißen Job-Center.
Die Fallmanager in den Job-Centern kümmern sich um sämtliche Belange der Kunden, d.h. beraten, Leistungen gewähren, Arbeit vermitteln oder Eingliederungsmaßnahmen vereinbaren.

4.2.3 Organe des Unternehmens

Betriebskommission:	Herr Jürgen Lehmberg, Vorsitzender
	Frau Karin Gärtner (bis 12.06.06)
	Herr Klaus-Peter Stricker (ab 12.06.06)
	Herr Markus Röth
	Frau Gunda Jochims (bis 12.06.06)
	Herr Matthias Baaß
	Frau Katrin Hechler
	Frau Evelyn Berg (bis 12.06.06)
	Herr Gunter Bistritschan (bis 12.06.06)
	Herr Otto Schneider
	Herr Walter Gruß (bis 12.06.06)
	Herr Gernot Jakobi
	Herr Jürgen Etzel
	Frau Jutta Pfeifer (bis 12.06.06)
	Herr Wolfgang Pütt (ab 12.06.06)
	Herr Dieter Meyer (ab 12.06.06)

	Herr Dr. Rolf Schepp (ab 12.06.06) Herr Dr. Klaus Brückner (ab 12.06.06) Herr Kurt Knapp (ab 12.06.06) Herr Wolfgang Drechsler Frau Ellen Barthelheimer (ab 12.06.06)
Betriebsleitung:	Herr Adam Schütz (bis 31.07.2006) Herr Rainer Burelbach (ab 01.02.2007)
Vergütung der Betriebsleitung:	Basierend auf § 123 Abs. 1 HGO i. V. m. §§ 285 Nr. 9a, 286 Abs. 4 HGB wurde auf die Angabe der Bezüge verzichtet.

4.2.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Eigenbetrieb
Gründung:	09. Januar 2005
Stammkapital:	50.000 €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 29.10.2007
Abschlussprüfer:	Moore Stephens Treuhand AG

4.2.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Keine

4.2.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Keine

4.2.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

4.2.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	104.265,00	70.873,00
II. Sachanlagen	344.900,00	389.908,00
	449.165,00	460.781,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.616.089,50	1.765.067,24
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.997.407,62	6.545.893,90
	6.613.497,12	8.310.961,14
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.857.949,77	5.882.246,20
AKTIVA insgesamt	**11.920.611,89**	**14.653.988,34**

PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	50.000,00	50.000,00
II. Rücklagen, zweckgebunden	219.715,00	298.050,00
III. Jahresüberschuss	0,00	0,00
	269.715,00	348.050,00
B. Rückstellungen	1.358.000,00	313.007,52
C. Verbindlichkeiten	3.987.896,89	6.992.930,82
D. Rechnungsabgrenzungsposten	6.305.000,00	7.000.000,00
PASSIVA insgesamt	**11.920.611,89**	**14.653.988,34**

4.2.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 €	Vorjahr €
1. Sonstige betriebliche Erträge	6.365.083,83	4.886.818,85
2. Personalaufwand	2.516.656,52	2.200.278,90
3. Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	149.470,12	104.164,49
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.761.813,03	2.642.366,71
	3.911.283,15	2.746.531,20
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	63.456,83	65.140,33
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	4.489,33
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**600,99**	**659,75**
8. Sonstige Steuern	600,99	659,75
9. Jahresfehlbetrag	**0,00**	**0,00**

4.2.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Im Jahr 2006 wurden 4.119 Neuanträge gestellt, von denen 742 abgelehnt werden mussten. Gegen 471 Ablehnungsbescheide wurde Widerspruch erhoben.

Nach dem Grundsatz „fördern und fordern“ konnten im Rahmen der Beratung, Qualifizierung und Vermittlung 1.485 Personen wieder in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, 569 Personen in einen 400,-- € Job. Weitere 2.966 Personen erhielten Maßnahmen zur weiteren Qualifikation und Verbesserung der Vermittlungschancen. Von der gesamten Vermittlungszahl konnten 420 Personen in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis mit aufstockender ALG II Leistung integriert werden. [...]

Im Jahr 2007 werden sich die Transferaufwendungen noch einmal erhöhen. Die Steigerungen lassen sich zum einen auf einen Anstieg der Bedarfsgemeinschaften und zum anderen auf eine erhebliche Steigerung der Aufwendungen im Bereich Eingliederungsleistungen und flankierende Maßnahmen zurückzuführen. [...]

Der Erfolg des Eigenbetriebes wird maßgeblich von dem weiteren Aufbau der Verwaltung bzw. von Optimierungsmaßnahmen in den Arbeitsprozessen einschließlich der Neueinstellung von Personal sowie dem Ausbildungsstand der Mitarbeiter abhängen.“

4.3 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft

Graben 15
64646 Heppenheim

Telefon: (06252) 15 - 5473
Email: Wolfgang.Fuetterer@kreis-bergstrasse.de

4.3.1 Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben/Leistungen für alle kreiseigenen und angemieteten Liegenschaften (Verwaltungsgebäude, Schulen, Sporthallen, Wohnhäuser, Wohnheime für Spätaussiedler und Asylbewerber):

- Neubau, Umbau, Sanierung Instandhaltung der Gebäude und Technischen Anlagen.
- Liegenschaftsverwaltung
- Bewirtschaftung
- Hausmeisterdienste in den Schulen

4.3.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft übernimmt seit dem 01.01.06 die Eigentümerfunktion für die kreiseigenen Liegenschaften. Er soll sowohl die laufende Bewirtschaftung der vorhandenen Gebäude als auch die langfristig notwendigen Aus- und Umbaumaßnahmen sicherstellen.

4.3.3 Organe des Unternehmens

Betriebskommission:	Herr Matthias Wilkes (Vorsitzender)
	Herr Dr. Ulrich Vonderheit
	Herr Gottfried Schneider (bis 11.06.06)
	Herr Peter Stephan (ab 12.06.06)
	Herr Alfons Haag (bis 11.06.06)
	Herr Andreas Wagner (ab 12.06.06)
	Herr Randoald Reinhardt (bis 11.06.06)
	Herr Martin Ringhof (ab 12.06.06)
	Herr Tobias-Christopher Heinz (bis 11.06.06)
	Herr Peter C. Woitge (ab 12.06.06)
	Frau Hannelore Krieger (bis 11.06.06)
	Herr Dr. Klaus Brückner (ab 12.06.06)
	Herr Heinz-Jürgen Schocke
	Herr Eberhard Petri
	Herr Josef Fiedler
	Herr Willy Schröder
	Herr Thomas Fabian (bis 11.06.06)
	Herr Franz Apfel (ab 12.06.06)
	Herr Dr. Martin Greif (bis 11.06.06)

	Herr Walter Öhlenschläger (ab 12.06.06) Herr Frank Sürmann Herr Jürgen Lehmberg Herr Gunther Karl Bistritschan Frau Jutta Pfeiffer (Personalrat) Frau Ellen Bartelheimer (Personalrat) Herr Walter Gruß (wirtschaftlich/ tech. erfahrene Person) Frau Ulrike Rüger (wirtschaftlich/ tech. erfahrene Person)
Betriebsleitung:	Herr Werner Vinzenz (tech. Betriebsleiter Herr Hans Eberle (stellv. tech. Betriebsleiter) Herr Wolfgang Fütterer (kaufm. Betriebsleiter)
Vergütung der Betriebsleitung:	Basierend auf § 123 Abs. 1 HGO i. V. m. §§ 285 Nr. 9a, 286 Abs. 4 HGB wurde auf die Angabe der Bezüge verzichtet.

4.3.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Eigenbetrieb
Gründung:	01.01.2006
Stammkapital:	10.000.000,00 €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 10.09.2007
Abschlussprüfer:	W & P AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

4.3.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Der Kreis Bergstraße leistete in 2006 einen Zuschuss an den Eigenbetrieb „Gebäudewirtschaft“ für den Betrieb und die Unterhaltung der Schulgebäude in Höhe von 28.430 T€.

4.3.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Das jahresbezogenen Defizit des Kreises 2006 betrug 27,4 Mio. €.

4.3.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Das investierte Eigenkapital des Kreises beim Eigenbetrieb beträgt 10 Mio. €

4.3.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	108.137,00	0,00
II. Sachanlagen	179.308.469,52	0,00
III. Finanzanlagen	280.970.073,00	0,00
	460.386.679,52	0,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	325.833,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.675.976,17	0,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	32.617.356,11	0,00
	38.619.165,28	0,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8.774.234,55	0,00
AKTIVA insgesamt	**507.780.079,35**	**0,00**

PASSIVA	31.12.2006 €	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	10.000.000,00	0,00
II. Rücklagen, zweckgebunden	340.904.667,68	0,00
III. Jahresüberschuss	1.298.657,05	0,00
	352.203.324,73	0,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	60.419.980,01	0,00
C. Rückstellungen	1.592.348,68	0,00
D. Verbindlichkeiten	93.564.333,89	0,00
E. Rechnungsabgrenzungsposten	92,04	0,00
PASSIVA insgesamt	**507.780.079,35**	**0,00**

4.3.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	27.412.147,25	0,00
1. Sonstige betriebliche Erträge	8.962.529,04	0,00
2. Personalaufwand	5.090.743,94	0,00
3. Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	6.445.315,30	0,00
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	28.122.982,52	0,00
	34.568.297,82	0,00
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.806.241,34	0,00
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.020.494,41	0,00
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.501.381,46**	**0,00**
8. Außerordentliche Erträge	1.099,00	0,00
8. Sonstige Steuern	203.823,41	0,00
9. Bilanzgewinn	**1.298.657,05**	**0,00**

4.3.10 Auszug aus dem Lagebericht

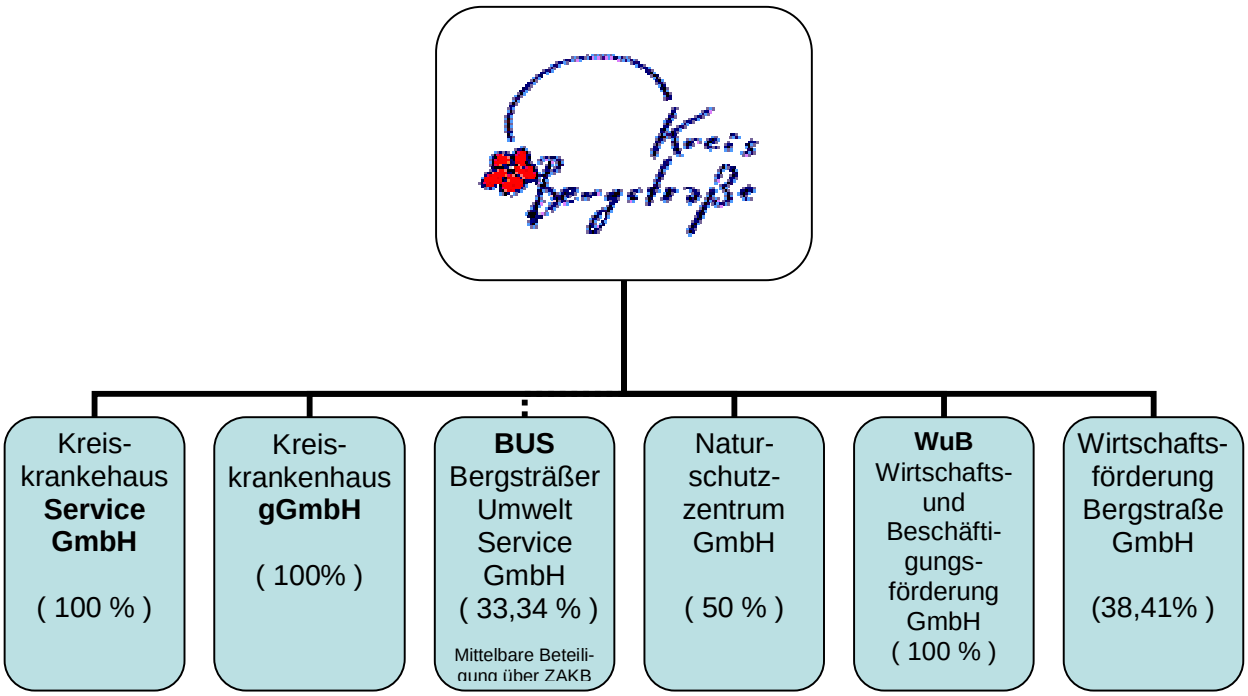
„Auch wenn die hohen Investitionssummen des vergangenen Jahres eine hervorragende Leistungsbilanz für den EBG insgesamt und die jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellen, darf nicht verkannt werden, dass solche Investitionsquoten dauerhaft nicht finanzierbar sind.

Im Zusammenhang mit zurückgehenden Schülerzahlen muss insbesondere die weitere Neubautätigkeit einer kritischen Überprüfung unterzogen werden, zumal jede zusätzlich geschaffene Nutzfläche auch zusätzliche Folgekosten z.B. für Bauunterhaltung, Reinigung, Abschreibungen oder Energieversorgung auslöst.

Zudem besteht das Risiko, dass die nachhaltigen Effektivitätssteigerungen seit Gründung des EBG durch die stetig steigenden Folgelasten wieder aufgezehrt werden.

Über die im Jahresabschluss bereits berücksichtige Vorsorge in Form von Rückstellungen hinaus, werden keine weiteren Risiken gesehen.“

5. Kapitalgesellschaften



5.1 Kreiskrankenhaus gGmbH

Viernheimer Straße 2
64646 Heppenheim

Telefon: Tel.: 06252 / 701 - 308
Email: info@kkh-bergstrasse.de
Internet: www.kkh-bergstrasse.de

5.1.1 Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Eigenbetriebes ist der Betrieb eines Krankenhauses sowie einer Krankenpflegeschule.
Hierbei wird das Ziel verfolgt, die bedarfs- und leistungsgerechte stationäre und ambulante Krankenhausversorgung der örtlichen Bevölkerung sicherzustellen. Ziel ist weiterhin die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens.

5.1.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH ist seit dem 01.01.2006 gemäß dem Feststellungsbescheid des hess. Sozialministeriums im Krankenhausplan des Landes Hessen mit insgesamt 280 Betten aufgenommen. Das Krankenhaus verfügt über die Fachabteilungen Chirurgie, Frauheilkunde/ Geburtshilfe, Innere Medizin und der Belegabteilung für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde. Das Krankenhaus verfügt nach § 2 Nr. 1a KHG über eine Ausbildungsstätte für Gesundheits- und Krankenpfleger/innen.

5.1.3 Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung:	Herr Matthias Wilkes (Vorsitzender)
	Herr Gunter Karl Bistritschan (stellv. Vorsitzender)
	Frau Rita Schramm
	Herr Martin Ringhof
	Herr Peter Stephan
	Herr Klaus-Peter Stricker
	Herr Dieter Roos
	Herr Dr. Martin Greif
	Frau Erika Kissel
	Herr Franz Siegl
	Herr Otto Schneider
	Herr Heinz-Jürgen Schocke
	Herr Jürgen Kaltwasser
	Frau Brigitte Sander
	Herr Jochen Ruoff

Aufsichtsrat:	Herr Jürgen Lehmberg (Vorsitzender) Herr Dr. Ulrich Vonderheid Herr Werner Breitwieser Herr Frank Sürmann Herr Fritz Götz Herr Klaus-Peter Stricker Herr Norbert Golzer Herr Prof. Dr. Rainer Gladisch Herr Martin Göbel Frau Dr. Marion Heldmann Frau Gisela Schwinn Herr Dr. Hans Dreesen
Ärztlicher Leiter:	Herr PD Dr. med. Peter Arnold
Verwaltungsleiter:	Herr Lutz Sträter (bis 31.03.2006) Herr Stephan Allmann (ab 06.07.2006)
Prokura:	Herr PD Dr. med. Peter Arnold
Pflegedienstleiterin:	Frau Edith Schaffer
Vergütung des Aufsichtsrates:	Der Aufsichtsrat erhält keine Vergütung. Für die Teilnahme an den Sitzungen erhalten die Aufsichtsratsmitglieder ein Sitzungsgeld.
Vergütung der Geschäftsführung:	Im Zusammenhang mit § 123 a, Abs. 2 der HGO und § 286, Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angabe der Geschäftsführervergütung zu verzichten.

5.1.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Gemeinnützige GmbH
Gründung:	01. Januar 2005
Stammkapital:	100.000,00 €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 02.10.2007
Abschlussprüfer:	PriceWaterhouseCoopers

5.1.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.1.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Keine

5.1.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Der Kreis Bergstraße bürgt per Beschluss vom 06.06.2005 für die Dauer von 10 Jahren im Rahmen einer Ausfallbürgschaft bis zu einer Höhe von 9 Mio. € für alle Ansprüche, die der Sparkasse Starkenburg aus der Gewährung eines Universalkreditvertrages gegen die Kreiskrankenhaus gGmbH zustehen.

5.1.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	74.474,00	137.932,00
II. Sachanlagen	28.046.766,08	29.283.580,08
III. Finanzanlagen	59.201,88	68.885,58
	28.180.441,96	29.490.397,66
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	786.056,69	611.580,56
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.603.355,00	6.393.636,61
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	18.840,02	1.450.839,00
	8.408.251,71	8.456.056,17
C. Rechnungsabgrenzung	20.982,97	0,00
AKTIVA insgesamt	**36.609.676,64**	**37.946.453,83**

PASSIVA	31.12.2006 €	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	100.000,00	100.000,00
II. Rücklagen	5.449.883,18	5.449.883,18
III. Verlustvortrag	-960.768,07	-1.619.132,96
IV. Jahresüberschuss	59.172,03	658.364,89
	4.648.287,14	4.589.115,11
B. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen	22.100.411,00	23.148.829,97
C. Rückstellungen	2.427.315,00	1.816.147,00
D. Verbindlichkeiten	7.433.663,50	8.392.361,75
PASSIVA insgesamt	**36.609.676,64**	**37.946.453,83**

5.1.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	33.532.050,25	33.847.852,76
2. Erlöse aus Wahlleistungen	95.033,80	74.827,79
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	492.456,43	405.615,60
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.282.500,78	1.331.940,14
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	199.272,99	-91.586,61
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	65.920,93	28.322,06
7. Sonstige betriebliche Erträge	1.352.909,00	1.309.732,86
	37.020.144,18	36.906.704,60
8. Personalaufwand	23.203.959,29	22.946.225,58
9. Materialaufwand	9.590.335,29	9.407.610,48
	32.794.294,58	32.353.836,06
Zwischenergebnis I	**4.225.849,60 €**	**4.552.868,54 €**
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen, davon Fördermittel nach dem HKHG EUR 1.026.477,00 (i. Vj. TEUR 1.019)	941.187,88	1.014.369,00
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / Verbindlichkeiten nach dem HKHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.042.292,94	2.023.628,38
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten / Verbindlichkeiten nach dem HKHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	962.411,31	1.035.755,09
13. Aufwendungen für die nach dem HKHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	194.344,10	133.525,28
	1.826.725,41	1.868.717,01
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.052.013,29	2.067.107,82
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.682.957,62	3.516.658,28
	5.734.970,91	5.583.766,10
Zwischenergebnis II	**317.604,10**	**837.819,45**
16. Erträge aus anderen Wertpapieren und aus Ausleihungen des Finanzvermögens	4.329,93	1.948,98
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.521,04	21.992,84
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon für Betriebsmittelkredite EUR 174.390,07 (i. Vj. TEUR 280)	201.350,22	199.397,11
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**127.104,85**	**662.364,16**
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	65.000,00	0,00
21. Steuern	2.932,82	3.999,27
22. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	59.172,03	658.364,89
23. Verlustvortrag	-960.768,07	-1.619.132,96
24. Einstellung in freie Rücklagen	-25.643,64	0,00
25. Jahresfehlbetrag	**-927.239,68**	**-960.768,07**

5.1.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Die Erlöse aus Krankenhausleistungen waren rückläufig. Ursache hierfür war ein Fallzahlenrückgang um 125 Fälle gegenüber 2005 sowie ein Absinken des Casemix-Index um 1,87 %.
Die Personalaufwandsqoute im Verhältnis zu den Erlösen aus Krankenhausleistungen lag in 2006 bei 69,2 % (2005: 67,79 %).
Die Materialaufwandsquote im Verhältnis zu den Erlösen aus Krankenhausleistungen lag in 2006 bei 28,6 % (2005: 27,78 %). […]

Im Rahmen der gesundheitspolitischen Weiterentwicklung ist damit zu rechnen, dass die Erlösseite eines Krankenhauses immer stärkere Bedeutung gewinnt. Um zukünftige Tarifsteigerungen und sonstige Kostenerhöhungen abzufangen, bedarf es neben der Umsetzung der Kooperationsbemühungen weiterer Fallzahlensteigerungen. Auf der Kostenseite ist der Personalkostensektor die entscheidende Größe. Es müssen Restrukturierungen vorgenommen werden, um effizientere Strukturen und Organisationsabläufe zu gestalten. […]

Wenn es gelingt, die angestoßenen Veränderungsprozesse erfolgreich weiterzuentwickeln, so dürfte sich die erfolgreiche Unternehmensentwicklung auch weiterhin fortsetzen.
Es bestehen derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken oder Verpflichtungen, die wesentlichen Einfluss auf die Ertrags- und Vermögenslage haben.“

5.2 Kreiskrankenhaus Bergstraße - Service GmbH

Viernheimer Straße 2
64646 Heppenheim

Telefon: Tel.: 06252 / 701 - 308
Email: info@kkh-bergstrasse.de
Internet: www.kkh-bergstrasse.de

5.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Erbringung von Dienstleistungen aller Art für das Kreiskrankenhaus Bergstraße und ähnlich zweckgerichtete Einrichtungen.

5.2.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Erbringung von Dienstleistungen aller Art für das Kreiskrankenhaus Bergstraße und ähnlich zweckgerichtete Einrichtungen.

5.2.3 Organe des Unternehmens

Gesellschafter:	Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH mit 100%
Geschäftsführer:	Herr Lutz Sträter (bis 31.03.2006) Herr Stephan Allmann (ab 27.07.2006)
Vergütung der Geschäftsführung	Im Zusammenhang mit § 123 a, Abs. 2 der HGO und § 286 Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angabe der Geschäftsführervergütung zu verzichten.
Gesellschafterversammlung:	Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH
Aufsichtsrat:	Herr Jürgen Lehmberg, Vorsitzender Herr Fritz Götz Herr Norbert Golzer Frau Rita Schramm Herr Kai Hoppe

5.2.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	17. Juli 2002

Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt HRB 25545
Stammkapital:	25.000,00 €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 24.01.2008
Abschlussprüfer:	PriceWaterhouseCoopers

5.2.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.2.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Keine

5.2.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.2.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögengegenstände	3.100,00	0,00
II. Sachanlagen	82.552,06	102.557,90
	85.652,06	102.557,90
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	44.953,10	40.149,83
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	85.170,05	65.481,97
	130.123,15	105.631,80
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
AKTIVA insgesamt	**215.775,21**	**208.189,70**

PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00
II. Bilanzgewinn	14.256,79	7.518,07
	39.256,79	32.518,07
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	0,00
C. Rückstellungen	32.800,00	21.500,00
D. Verbindlichkeiten	143.718,42	154.171,63
PASSIVA insgesamt	**215.775,21**	**208.189,70**

5.2.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	1.407.616,62	1.170.388,20
2. Sonstige betriebliche Erträge	20.124,55	50.169,91
	1.427.741,17	1.220.558,11
3. Personalaufwand	1.189.180,73	1.026.089,38
4. Materialaufwand	68.474,23	0,00
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	28.330,84	56.624,00
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	131.236,55	132.361,11
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	770,59	46,24
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen 2.500,00 €; Vorjahr 1.753,47 T€)	2.665,78	1.753,47
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**8.623,63**	**3.776,39**
9. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.884,91	611,51
11. Jahresüberschuss	6.738,72	3.164,88
12. Gewinnvortrag	7.518,07	4.353,19
13. Jahresüberschuss	**14.256,79**	**7.518,07**

5.2.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Die Entwicklung der Gesellschaft wird sich auch in 2007 an den Möglichkeiten der Umsetzung der vertraglichen Vereinbarungen mit der Kreiskrankenhaus Bergstraße gGmbH orientieren. Es ist nicht von wesentlichen Umsatzsteigerungen oder Veränderungen sowie größeren Investitionen auszugehen.
Im Jahr 2007 wird im 4. Quartal ein Gesundheits- und Krankenpflegekurs eingestellt. Durch das Ausscheiden eines Kurses zum selbigen Zeitpunkt werden keine wesentlichen Personalmehrungen und Personalkostensteigerungen erfolgen.
Im Jahr 2008 ist die Übernahme der Reinigungsdienstleistungen in die Service GmbH vorgesehen. Umsatzsteigerungen aus dem Betrieb der Parkraumbewirtschaftung und dem Betrieb der Visotax-Anlage sind nach derzeitigen Erkenntnissen nicht zu erwarten.“

5.3 Bergsträßer Umwelt Service GmbH (BUS GmbH)

Mittelbare Beteiligung über Zweckverband Abfallwirtschaft

Außerhalb 22
68623 Lampertheim-Hüttenfeld

Telefon: 06256/ 851-0
Email: info@bus-gmbh.net
Internet: www.zakb.dynaweb.ws

5.3.1 Gegenstand des Unternehmens

Betrieb aller Anlagen und Einrichtungen des ZAKB, Vermarktung von Wertstoffen, Produktion und Vermarktung von Erden und Substraten auf Kompostbasis - Bergsträßer Erden, Einsammlung und Transport von Abfällen, Vermietung von Containern, Betrieb von kommunalen Kläranlagen.

5.3.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Bergsträßer Umwelt Service GmbH, kurz BUS GmbH ist ein Tochterunternehmen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) und der Meinhardt Städtereinigung GmbH & Co. KG. Der Entsorgungsfachbetrieb besteht seit 2002 und beschäftigt derzeit ca. 60 Mitarbeiter.

5.3.3 Organe des Unternehmens

Gesellschafter:	Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße - 63 % Meinhardt Städtereinigung GmbH & Co. KG – 37 % **seit 13.11.2006:** Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße - 51 % Meinhardt Städtereinigung GmbH & Co. KG – 49%
Geschäftsführer:	Herr Hilbert Bocksnick Herr Ralf Feudtner Herr Dirk Lemmert, Prokurist Herr Peter Volk, Prokurist
Bezüge der Geschäftsführung bzw. des Aufsichtsrats	Die BUS GmbH hat keinen Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung nimmt ihre Aufgaben Neben- und ehrenamtlich wahr.
Gesellschafterversammlung:	Herr Rolf Reinhard Herr Gerhard Strauch Herr Heinz Roos

Herr Ulrich Obermayer
Herr Alfons Haag
Herr Jürgen Lehmberg
Herr Ralf Feudtner
Herr Frank-Steffen Meinhardt

5.3.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	01. April 2002
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt HRB 62071
Stammkapital:	123.550,00 €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 24.08.2007
Abschlussprüfer:	W & P AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Beteiligungen:	50 % Bio Energie Südhessen GmbH Die Anteile wurden im Februar 2006 an das Abfallwirtschaftszentrum Südhessen GmbH verkauft.

5.3.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.3.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Keine

5.3.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.3.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	25.857,00	14.206,00
II. Sachanlagen	2.064.843,00	1.764.511,00
III. Finanzanlagen	0,00	25.000,00
	2.090.700,00	1.803.717,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	17.810,74	15.665,77
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	580.378,20	1.199.650,84
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	482.353,48	711.604,54
	1.080.542,42	1.926.921,15
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.289,62	1.085,00
AKTIVA insgesamt	**3.172.532,04**	**3.731.723,15**

PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	123.550,00	100.000,00
II. Gewinnvortrag	243.984,01	92.458,01
III. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	-8.438,62	151.526,00
	359.095,39	343.984,01
B. Rückstellungen	98.053,96	97.610,00
C. Verbindlichkeiten	2.715.382,69	3.290.129,15
PASSIVA insgesamt	**3.172.532,04**	**3.731.723,16**

5.3.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	7595883,21	7.860.733,52
2. Sonstige betriebliche Erträge	632733,59	632.975,32
	8.228.616,80	8.493.708,84
3. Personalaufwand	2.321.613,64	2.536.419,30
4. Materialaufwand	3.430.997,38	2.102.531,54
	5.752.611,02	4.638.950,84
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	400.066,53	248.960,57
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.030.084,68	3.338.605,97
	2.430.151,21	3.587.566,54
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.478,58	25.857,53
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	50.892,76	33.430,28
	-32.414,18	-7.572,75
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**13.440,39**	**259.618,71**
10. außerordentliche Erträge	662,17	0,00
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.815,79	90.335,72
12. Sonstige Steuern	19.725,39	17.756,99
13. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	**-8.438,62**	**151.526,00**

5.3.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Der Hauptschwerpunkt der Tätigkeit der BUS GmbH liegt weiterhin in der Aufgabe, kommunale Abfälle im Kreis Bergstraße einzusammeln und zu den Entsorgungsanlagen zu transportieren. Um diesen Vertrag optimaler erfüllen zu können, wurde die Organisation verbessert. Hierzu haben wir im Jahr 2006 einen entsprechenden Auftrag an ein externes Beratungsunternehmen vergeben.

In diesem Bereich werden ca. 5 Mio. € jährlich umgesetzt werden.

Im Jahr 2007 sind Gesamterträge in Höhe von über 7 Mio. € geplant. Die BUS GmbH plant in diesem Jahr aufgrund von weiteren Restrukturierungsmaßnahmen einen Nettogewinn nach Steuern von 43 T€. Es wurden inzwischen Maßnahmen initiiert, diesen Ertrag zu steigern.“

5.4 Naturschutzzentrum Bergstraße GmbH

An der Erlache 17
64625 Bensheim

Telefon: 06251-708793
Email: info@naturschutzzentrum-bergstrasse.de
Internet: www.naturschutzzentrum-bergstrasse.de

5.4.1 Gegenstand des Unternehmens

Sensibilisierung der regionalen Bevölkerung für die Zukunftsaufgaben des Naturschutzes und der Umwelt.

5.4.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Ein zukunftsfähiger Umgang mit der Mitwelt ist Thema des Naturschutzzentrums - Naturerleben für Familien und Kinder soll im Mittelpunkt stehen. Vorträge, Diskussionen, Ausstellungen, Exkursionen, Workshops.

5.4.3 Organe des Unternehmens

Gesellschafter:	Landkreis Bergstraße - 50% Stadt Bensheim - 30% Marketing- und Entwicklungsgesellschaft Bensheim mbH - 20%
Geschäftsführer:	Herr Karlheinz Weigold Herr Dr. Michael Zanger
Bezüge der Geschäftsführung bzw. des Aufsichtsrats	Die GmbH hat keinen Aufsichtsrat. Beide Geschäftsführer sind ehrenamtlich tätig.
Gesellschafterversammlung:	Herr Matthias Wilkes (Vorsitzender ab 01.04.2006) Herr Thorsten Herrmann (Vorsitzender bis 31.03.2006) Herr Matthias Falk Frau Erika Kissel Herr Andreas Höppener-Fidus Herr Reinhard Grohrock
Beirat:	Herr Gerhard Eppler (Vorsitzender) Herr Reinhard Diehl Herr Kurt Edelhäuser Herr Bernd Dewald Herr Hans Fertig Herr Manfred Scholz

Herr Fritz Richter
Herr Stephan Schäfer
Herr Axel Rohr
Herr Josef Zeiß

5.4.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	28. November 2002
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt HRB 25562
Stammkapital:	50.000,00 €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 15.11.2007
Abschlussprüfer:	Beraten + prüfen, Treuhand und Unternehmensberatung GmbH

5.4.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Der Zuschuss zu den Betriebskosten belief sich im Jahre 2006 auf 39.800,00 €

5.4.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Das jahresbezogenen Defizit des Kreises 2006 betrug 27,4 Mio. €.

5.4.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.4.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.717,00	2.350,00
II. Sachanlagen	1.051.195,58	1.066.957,64
	1.052.912,58	1.066.957,64
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	1.491,04	758,51
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	276,76	39.257,52
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	115.692,63	92.720,69
	117.460,43	132.736,72
C. Rechnungsabgrenzungsposten	500,00	800,00
AKTIVA insgesamt	**1.170.873,01**	**1.202.844,36**

PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	50.000,00	50.000,00
II. Gewinn-/ Verlustvortrag	3.162,45	-446,41
III. Jahresüberschuss	5.391,02	3.608,86
	58.553,47	53.162,45
B. Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen	1.087.982,81	1.127.151,69
C. Rückstellungen	11.430,00	11.853,00
D. Verbindlichkeiten	12.906,73	10.677,22
PASSIVA insgesamt	**1.170.873,01**	**1.202.844,36**

5.4.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	64.539,06	46.202,80
2. Sonstige betriebliche Erträge	131.162,21	147.980,46
	195.701,27	194.183,26
3. Personalaufwand	67.365,80	70.022,64
4. Materialaufwand	9.779,67	9.144,88
	77.145,47	79.167,52
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	35.630,06	52.239,62
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	78.245,71	59.586,23
	113.875,77	111.825,85
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.221,89	1.556,77
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	380,34	2,31
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**6.521,58**	**4.744,35**
10. Sonstige Steuern	1.130,56	1.135,49
11. Jahresüberschuss	**5.391,02**	**3.608,86**

5.4.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Insgesamt wird eine Kostendeckung für die Unterhaltung des Betriebs des Naturschutzzentrums nicht erreicht. Die Stadt Bensheim und der Kreis Bergstraße als Gesellschafter finanzieren die Unterdeckung mittels Betriebskostenzuschüsse, deren Höhe jedoch laut Satzung begrenzt ist.“

5.5 WuB – Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung GmbH

Gräffstr. 5
64646 Heppenheim

5.5.1 Gegenstand des Unternehmens

Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Bergstraße und seiner Kommunen unter Berücksichtigung der ökologischen Erfordernisse voranzutreiben sowie bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Die qualifizierende Beschäftigung und die berufliche und persönliche Aus- und Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen, Arbeitslosen ohne Berufsausbildung und sonstigen schwer vermittelbaren Arbeitslosen.

5.5.2 Organe des Unternehmens

Gesellschafter:	Kreis Bergstraße - 100%
Gesellschafterversammlung:	Herr Matthias Wilkes (Vorsitzender) Frau Karin Gärtner Herr Hans-Jürgen Pfeifer Herr Jochen Ruoff Herr Norbert Schmitt Herr Gottfried Schneider
Aufsichtsrat:	Herr Matthias Wilkes (Vorsitzender) Herr Jürgen Lehmberg Herr Werner Breitwieser Herr Hans-Jürgen Pfeifer
Geschäftsführer:	Herr Adam Schütz (bis März 2007)
Bezüge der Geschäftsführung bzw. des Aufsichtsrats	Für die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wurde die Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

5.5.3 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	30. Juni 1999
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt HRB 25086
Stammkapital:	50.000,00 €

Sonstiges: Die GmbH übte in 2006 keine operativen Aktivitäten aus.

Hinweis:

Die WuB GmbH soll per Beschluss des Kreistages vom 23.04.2007 in die „Tourismusmarketing GmbH, Kreis Bergstraße“ umgewandelt werden.

5.5.4 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.5.5 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Keine

5.5.6 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.5.7 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		2,00
	0,00	2,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		2.972,15
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		32.751,25
	0,00	35.723,40
AKTIVA insgesamt	**0,00**	**35.725,40**

PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital		50.000,00
II. Verlustvortrag		-45.816,91
III. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss		-2.389,05
	0,00	1.794,04
B. Rückstellungen		33.600,00
C. Verbindlichkeiten		331,36
PASSIVA insgesamt	**0,00**	**35.725,40**

-vorübergehend stillgelegt-

5.5.8 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 €	Vorjahr €
1. Sonstige betriebliche Erträge		4.071,00
2. Personalaufwand		0,00
3. Abschreibungen auf Sachanlagen		0,00
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen		7.006,80
	0,00	7.006,80
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		546,75
6. Abschreibungen auf Finanzanlagen		0,00
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00
	0,00	0,00
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**0,00**	**-2.389,05**
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00
10. Erträge aus Verlustübernahme		0,00
11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**0,00**	**-2.389,05**

-vorübergehend stillgelegt-

5.6 Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH

Werner- von- Siemens- Str. 10-12
64625 Bensheim

Telefon: 06251/18-199
Email: info@wf-bergstrasse.de
Internet: www.wf-bergstrasse.de

5.6.1 Gegenstand des Unternehmens

Die Ansiedlung und den Erhalt von Arbeitsplätzen, Tourismus-Förderung, Entwicklung von Gewerbegrundstücken, Veranstaltung und Beteiligung von Messen, Betreuung der Gesellschafter bei der Gewerbepolitik, der Grundstücksvermarktung und dem Stadtmarketing sowie Hilfestellung bei Existenzgründungen, Neuansiedlungen und Betriebsverlagerungen für private Investoren.

5.6.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Wirtschaftsförderung Bergstraße versteht sich als Serviceeinheit für bestehende Unternehmen, Auslandsinvestoren und Existenzgründer. Daneben agiert sie als Moderator zwischen Land und Bund sowie den einzelnen Gesellschafterkommunen.

5.6.3 Organe des Unternehmens

Gesellschafter:	Kreis Bergstraße; die kreisangehörigen Kommunen Bensheim, Bürstadt, Heppenheim, Hirschhorn, Lampertheim, Lindenfels, Lorsch, Viernheim, Zwingenberg, Abtsteinach, Einhausen, Fürth, Groß-Rohrheim, Lautertal, Mörlenbach, Wald-Michelbach; Sparkasse Bensheim; Sparkasse Starkenburg; Sparkasse Worms-Alzey-Ried.
Geschäftsführer:	Herr Dr. Harald Georg Schroers (bis 31. März 2006) Dr. Joachim Plenz (01.04.2006 bis 31.07.2006) Dr. Carl-Christian Beckmann (ab 01.08.2006)
Bezüge der Geschäftsführung bzw. des Aufsichtsrats	Für die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wurde die Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen. Die Tätigkeit des Aufsichtsrats ist ehrenamtlich, es werden keine Bezüge gewährt.
Beirat:	Frau Marita Reckeweg Herr Hans-Jürgen Reibold Herr Rudolf Schollmaier Herr Dr. Jürgen Gromer

	Herr Georg Hintenlang Herr Dr. Wolfgang Riehle Herr Harald Ofenloch Herr Bernd Herbert Herr Jürgen Fath Herr Heinz Krauß Herr Gerhard Röhrig Herr Herbert Bissdorf Herr Klaus Kochendörfer Herr Dr. Joachim Plenz Herr Volker Löwer Herr Dieter Schäfer Herr Heinrich Odenwälder Herr Peter Bihn Herr Dr. Sepp Glatzl
Aufsichtsrat:	Herr Otto Gebhardt Herr Jürgen Gromer Herr Thorsten Herrmann Herr Klaus Jäger Herr Joachim Kunkel Herr Erich Maier Herr Matthias Wilkes

5.6.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	12. Mai 1998
Handelsregister:	Amtsgericht Darmstadt HRB 24964
Stammkapital:	477.300,-- €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 27. April 2007
Abschlussprüfer:	CAT Consulting & Audit Team AG, Frankfurt/Main
Beteiligungen:	Entwicklungsgesellschaft Lorsch GmbH 40 %

5.6.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Die Wirtschaftsförderung erhielt im Jahre 2006 einen konsumtiven Zuschuss in Höhe von 400 T€.

5.6.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Das jahresbezogenen Defizit des Kreises 2006 betrug 27,4 Mio. €.

5.6.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.6.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Ausstehende Einlagen auf das Stammkapital	0,00	0,00
B. Anlagevermögen		
I. Immaterielles Anlagevermögen	11.725,00	0,00
I. Sachanlagen	6.941,00	2.237,00
II. Finanzanlagen	540.000,00	340.000,00
	558.666,00	342.237,00
C. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	54.752,78	11.065,79
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	369.372,60	419.250,02
	424.125,38	430.315,81
D. Rechnungsabgrenzungsposten	3.112,11	1.945,30
AKTIVA insgesamt	**985.903,49**	**772.261,11**

PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	477.300,00	477.300,00
II. Rücklagen	294.291,18	294.291,18
III. Verlustvortrag	-26.290,65	-75.761,00
IV. Jahresüberschuss	182.535,52	49.470,03
	927.836,05	745.300,21
B. Rückstellungen	49.481,00	4.100,00
C. Verbindlichkeiten	8.586,44	25.097,90
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
PASSIVA insgesamt	**985.903,49**	**774.498,11**

5.6.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006	Vorjahr
	€	€
1. Umsatzerlöse	71.578,11	159.645,69
2. Sonstige betriebliche Erträge	475.622,04	103.350,28
	547.200,15	262.995,97
3. Materialaufwand	3.244,51	0,00
4. Personalaufwand	174.255,03	29.550,55
5. Abschreibungen	3.863,71	450,97
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	196.581,73	198.395,91
	377.944,98	228.397,43
7. Zinsen und ähnliche Erträge	19.290,20	14.663,07
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	20,12
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**188.545,37**	**49.241,49**
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.009,85	-228,54
11. Jahresüberschuss	**182.535,52**	**49.241,49**

5.6.10 Auszug aus dem Lagebericht

„In geschäftspolitischer Hinsicht ist die Gesellschaft nach dem umfangreichen Umbruch von einer nutzerfinanzierten Arbeit für Kommunen (Hauptaufgabe Kommunalberatung) zu einer projektorientierten Dienstleistungseinheit für bestehende Unternehmen, Investoren und Existenzgründer geworden. Nicht erlöswirksame Tätigkeiten werden weiterhin zunehmen, die Kosten werden weiterhin steigen – sind aber durch den Zuschuss vom Kreis Bergstraße gedeckt. Dies spiegelt sich im Wirtschaftsplan 2007 wieder.

Die Tourismusförderung wird operativ künftig in einer eigenen Gesellschaft umgesetzt, um dem hohen Stellenwert des Tourismus im Kreis Bergstraße noch intensiver Rechnung zu tragen. Die Gesellschaft wird unter „Tourismusförderung Kreis Bergstraße“ firmieren. Der Kreistag hat dies mehrheitlich am 23. April 2007 beschlossen. Die WFB hatte bereits am 06.12.2006 (im Rahmen der Gesellschafterversammlung der WFB) einstimmig für diese Lösung votiert.

Für das angelaufene Geschäftsjahr wurden wegen der Personalauslastung keine neunen Beratungsverträge abgeschlossen. Zudem gibt es keine unbeantworteten Anfragen von potentiellen Gesellschaftern und Geldgebern. Das erlöswirksame Projekt- und Beratungsgeschäft wird daher im laufenden Jahr eine weniger bedeutende Rolle als Umsatzträger spielen, aber dafür auch weniger Personalressourcen binden.

Der administrative Aufwand wird allein aufgrund der gestiegenen Gesellschafterzahl weiter zunehmen.“

5.7 ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Bergstraße KG, Düsseldorf

Postfach 10 19 39
40010 Düsseldorf

Telefon: 0211 9946 - 169
Email: andre.buntenbroich@db.com

5.7.1 Gegenstand des Unternehmens

Erwerb und Vermietung von Gebäuden in der Region des Kreises.

5.7.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Strata Montana KG ist Eigentümerin von Erbbaurechten und Teilerbbaurechten mit aufstehenden 24 Schulgebäuden und einem Verwaltungsgebäuden im Kreis Bergstraße, die sie von diesem im Wege einer sale-and-lease-back Transaktion erworben hat und an diesen als Leasingnehmer im Rahmen eines Immobilien-Leasing-Vertrages vermietet.

5.7.3 Organe des Unternehmens

Persönlich haftender Gesellschafter und Geschäftsführer:	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf
Kommanditist:	Kreis Bergstraße, Heppenheim
Atypisch stiller Gesellschafter:	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Bergstraße KG, Düsseldorf
Bezüge der Geschäftsführung	Für die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wurde die Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

5.7.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	31. März 2005
Handelsregister:	Amtsgericht Düsseldorf HRA 18118

Stammkapital:	10.000,00 €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 03.07.2007
Abschlussprüfer:	KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaf
Vorliegen des § 121 Abs. 1 HGO (Wirtschaftliche Betätigung)	Ja
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Ja

5.7.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Ein Barwertvorteil in Höhe von 100 T€ wurde im Jahre 2006 an den Kreis ausgezahlt.

5.7.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Der erhaltene Barwertvorteil senkte den Kreditbedarf des Kreises.

5.7.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.7.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Ausstehende Einlagen	5.000,00	12.005.000,00
B. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen	215.262.285,00	219.787.820,00
C. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	818.812,22	931.964,26
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	76.731,19	2.652,44
	895.543,41	934.616,70
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
AKTIVA insgesamt	**216.162.828,41**	**934.616,70**
PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Kommanditist	10.000,00	9.970,55
II. Atypisch stiller Gesellschafter	41.125.000,00	41.003.819,08
III. Entnahmen Atypisch stiller Gesellschafter	-265.000,00	0,00
IV. Verlustanteile Atypisch stiller Gesellschafter	-1.519.974,71	0,00
	39.350.025,29	41.013.789,63
B. Rückstellungen	70.233,00	67.954,50
C. Verbindlichkeiten	144.172.569,12	157.141.846,57
D. Rechnungsabgrenzungsposten	32.570.001,00	34.503.846,00
PASSIVA insgesamt	**216.162.828,41**	**232.727.436,70**

5.7.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006	Vorjahr
	€	€
1. Umsatzerlöse	8.764.217,15	728.547,47
2. Sonstige betriebliche Erträge	133.466,71	130.360,01
	8.897.683,86	858.907,48
3. Abschreibungen auf vermietete Sachanlagen	4.525.535,00	377.180,00
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	73.750,59	70.323,05
	4.599.285,59	447.503,05
5. Zinsen und ähnliche Erträge	545,85	0,00
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.697.708,46	532.614,80
	5.697.708,46	532.614,80
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-1.398.764,34**	**-121.210,37**
8. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-1.398.764,34**	**-121.210,37**

5.7.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft entspricht dem Kalkulationsverlauf (im Wesentlichen Mieteinnahmen, Abschreibungen sowie Zinsaufwendungen beinhaltend), der bei der Gründung der Gesellschaft im Hinblick auf ihre Ausrichtung als Immobilien-Leasinggesellschaft zu Grunde gelegt war. […]

Das Leasingobjekt ist langfristig mit dem Recht der Untervermietung vermietet. Da es sich beim Leasingnehmer um eine Kommune handelt, gehen wir von einer ordnungsgemäßen Erfüllung des Immobilien-Leasing-Vertrages aus, so dass die entstehenden Verluste durch spätere Gewinne teilweise kompensiert werden. Verbleibende Verluste können voraussichtlich bei der Veräußerung der Objekte im Rahmen des Ankaufsrechtes oder im Rahmen des Andienungsrechtes ausgeglichen werden. […]

Die bei der Ausübung des Ankaufsrechtes bzw. des Andienungsrechtes zu zahlenden Kaufpreise sind fest vereinbart, die Wertentwicklung des Grundbesitzes hat hierauf keinen Einfluss.“

5.8 ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Strata Montana KG, Düsseldorf

Postfach 10 19 39
40010 Düsseldorf

Telefon: 0211 9946 - 169
Email: andre.buntenbroich@db.com

5.8.1 Gegenstand des Unternehmens

Erwerb und Vermietung von Gebäuden in der Region des Kreises.

5.8.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Strata Montana KG ist Eigentümerin von Erbbaurechten und Teilerbbaurechten mit aufstehenden 19 Schulgebäuden und 2 Verwaltungsgebäuden im Kreis Bergstraße, die sie von diesem im Wege einer sale-and-lease-back Transaktion erworben hat und an diesen als Leasingnehmer im Rahmen eines Immobilien-Leasing-Vertrages vermietet.

5.8.3 Organe des Unternehmens

Persönlich haftender Gesellschafter und Geschäftsführer:	ZERGUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf
Kommanditist:	Kreis Bergstraße, Heppenheim
Atypisch stiller Gesellschafter:	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Objekte Bergstraße KG, Düsseldorf
Bezüge der Geschäftsführung	Für die Angabe der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wurde die Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch genommen.

5.8.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	GmbH
Gründung:	13. November 2006
Handelsregister:	Amtsgericht Düsseldorf HRA 18978

Stammkapital:	34.512,20 €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 30.07.2007
Abschlussprüfer:	KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Vorliegen des § 121 Abs. 1 HGO (Wirtschaftliche Betätigung)	Ja
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Ja

5.8.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Die Stammeinlage in Höhe von 10 T€ wurde der GmbH zugeführt.
Gleichzeitig erfolgte ein Mittelzufluss in Höhe des Barwertvorteils in Höhe von 1,5 Mio. €.

5.8.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Der erhaltene Barwertvorteil senkte den Kreditbedarf des Kreises.

5.8.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

5.8.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Ausstehende Einlagen	10.000,00	0,00
B. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen	100.130.272,00	0,00
C. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.279,45	0,00
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	754,53	0,00
	7.033,98	0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
AKTIVA insgesamt	**100.147.305,98**	**0,00**

PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Kommanditist	10.000,00	0,00
II. Atypisch stiller Gesellschafter	14.100.000,00	0,00
III. Verlustanteil Atypisch stiller Gesellschafter	-70.345,63	0,00
	14.039.654,37	0,00
B. Rückstellungen	7.000,00	0,00
C. Verbindlichkeiten	41.030.659,61	0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	45.069.992,00	0,00
PASSIVA insgesamt	**100.147.305,98**	**0,00**

5.8.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006	Vorjahr
	€	€
1. Umsatzerlöse	585.885,94	0,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	41.748,00	0,00
	627.633,94	0,00
3. Abschreibungen auf vermietete Sachanlagen	169.728,00	0,00
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.937,55	0,00
	177.665,55	0,00
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	527.593,47	0,00
6. Zinsen und ähnliche Erträge	7.279,45	0,00
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**-70.345,63**	**0,00**
8. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**-70.345,63**	**0,00**

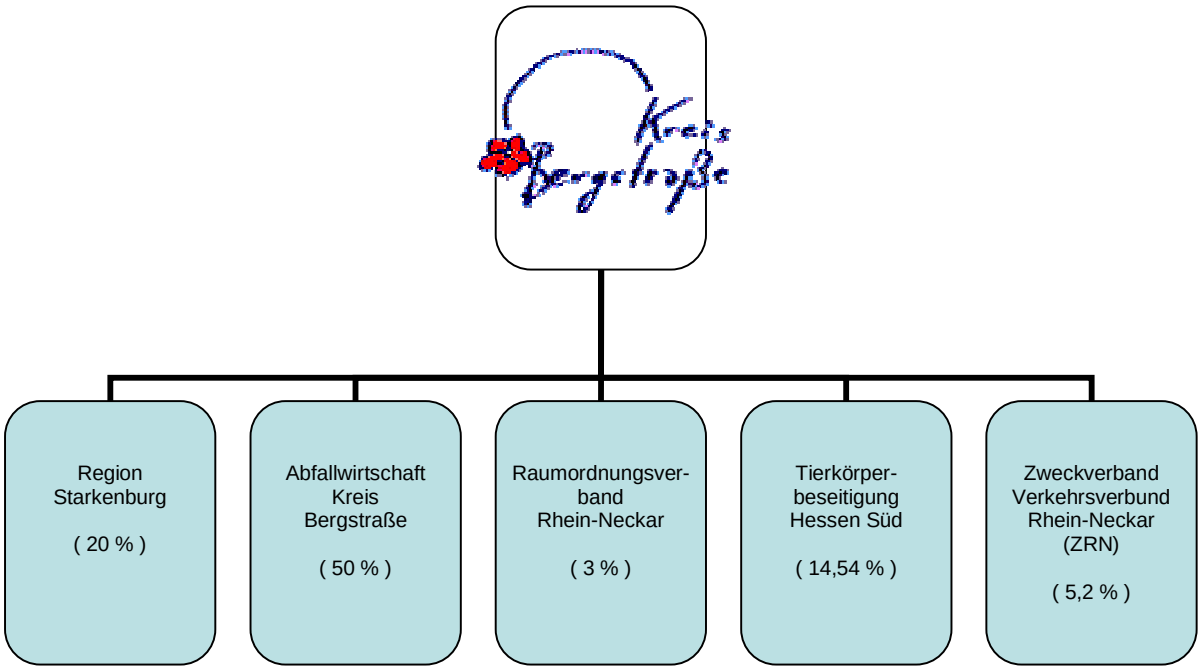
5.8.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Das Vermietvermögen ist zu rd. 14,02 % durch Eigenkapital und zu 85,98 % durch langfristiges Fremdkapital (Forfaitierung), das der ZERGUM KG in Abhängigkeit von der Laufzeit des Leasingvertrages gewährt ist, finanziert. […]

Die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft entspricht dem Kalkulationsverlauf (im Wesentlichen Mieteinnahmen, Abschreibungen sowie Zinsaufwendungen beinhaltend), der bei der Gründung der Gesellschaft im Hinblick auf ihre Ausrichtung als Immobilien-Leasinggesellschaft zu Grunde gelegt war. Für 2006 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 70 ausgewiesen, der auf leasingtypische Anlaufsverluste zurückzuführen ist. Die geschäftliche Entwicklung der Gesellschaft entspricht grundsätzlich dem geplanten Verlauf. […]

Die bei der Ausübung des Ankaufsrechtes bzw. des Andienungsrechtes zu zahlenden Kaufpreise sind fest vereinbart, die Wertentwicklung des Grundbesitzes hat hierauf keinen Einfluss.“

6. Zweckverbände



6.1 Zweckverband Region Starkenburg

Petersenstraße 13
64287 Darmstadt

Internet: www.region-starkenburg.de

6.1.1 Gegenstand des Unternehmens

Die Region Starkenburg als zukunftsfähigen Lebensraum mit seinen vielfältigen naturräumlichen und kulturellen Potentialen und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft zu erhalten und zu entwickeln.

6.1.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Region stellt die Verbindung zwischen den Ballungsräumen Rhein-Main und Neckar dar. Zahlreiche international erfolgreiche Konzerne, hochqualifizierte Arbeitskräfte, renommierte Universitäten und Fachhochschulen und die günstige verkehrstechnischen Lage prägen die Infrastruktur der Region.
Natur- und Kulturschätze wie die Grube Messel, die Bergstraße, der Odenwald, das Kloster Lorsch und das Zentrum des Jugendstils, die Mathildenhöhe, geben unserer Region eine einzigartige Vielfalt und machen sie zu einer lebens- und liebenswerten Gegend.
Zusammen mit den vielen engagierten und offenen Menschen in der Region, die sich für eine nachhaltige Weiterentwicklung einsetzen, wollen wir mit diesen Seiten zeigen, dass die Region Starkenburg für jeden, der möchte, sehr schnell zur Heimat werden kann.

6.1.3 Organe des Unternehmens

Starkenburg Regionale:	Jeweils neun Mitglieder der Kreistage/ Stadtverordnetenversammlung; der Vorsitz rotiert jährlich mit dem Vorsitz des Regionalpräsidiums. Vorsitzender: Herr Dr. Ralf-Rainer Lavies
Regionalpräsidium:	Dem Regionalpräsidium gehören die Landräte/ Oberbürgermeister (stimmberechtigt) sowie die ersten Kreisbeigeordneten/ hauptamtlichen Stadträte (beratend) der Mitgliedskörperschaften an. Die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Herr Rolf Meyer (Darmstadt-Dieburg) und Herr Gottlieb Ohl (Bergstraße) sind beratend dabei. Der Landrat sowie die Kreisbeigeordneten des Kreises Offenbach sind ebenfalls beratend dabei. Vorsitzender: Landrat Alfred Jakoubek
Städte- und Gemeindebeirat:	Der Städte- und Gemeindebeirat wurde in die Starkenburg Re-

	gionale integriert.
	Vorsitzender: Herr Jäger
Leiter des Regionalbüros:	Herr Dr. Andreas Schenkel

6.1.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Zweckverband
Gründung:	29. November 2001
Stammkapital:	Der Zweckverband ist umlagenfinanziert.
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 01.10.2007
Abschlussprüfer:	Rechnungsprüfungsamt der Stadt Darmstadt

6.1.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Der Kreis leistete in 2006 eine Umlage in Höhe von 51.129,00 €.

6.1.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Das jahresbezogenen Defizit des Kreises 2006 betrug 27,4 Mio. €.

6.1.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

Hinweis:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 30.06.2006 beschlossen, aus dem Zweckverband Region Starkenburg auszutreten.

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 25. April 2007 in Form einer Satzungsänderung das Ausscheiden des Kreises Bergstraße aus dem Verband beschlossen.

Nach Genehmigung durch das RP wurde die Satzungsänderung am 14. Juni 2007 bekannt gemacht und zum 15. Juni 2007 wirksam.

6.1.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

Wirtschaftliche Eckdaten		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	312.784,93	376.310,77
Einnahmen des Vermögenshaushaltes	3.462,43	7.728,20
Gesamteinnahmen	**316.247,36**	**384.038,97**
Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	312.784,93	341.488,69
Ausgaben des Vermögenshaushaltes	3.462,43	4.265,77
Gesamtausgaben	**316.247,36**	**345.754,46**
Überschuss	**0,00**	**38.284,51**
Stand der Schulden zum 31.12.	0,00	0,00
Stand der Rücklagen zum 31.12.	0,00	0,00

Einnahmen und Ausgaben im Haushalt des Kreises Bergstraße		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
Umlage Hhst. 791.833	51.129,00	51.129,00
Gesamtausgaben	**51.129,00**	**51.129,00**

6.2 Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße

Außerhalb 22
68623 Lampertheim-Hüttenfeld

Telefon: 0180-2068623
Email: service@zakb.de
Internet: www.zakb.de

6.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Die nach dem hessischen Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (HA-KA) den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben hat der Verband für die Mitgliedskommunen des Verbandes wahrzunehmen, somit sorgt er für die kreisweite Entsorgung und den Transport der Abfälle und übernimmt die Einsammlung der Abfälle für seine Mitgliedskommunen.

6.2.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Die Notwendigkeit, für die abfallwirtschaftlichen Aufgaben eine neue gemeinsame Organisationsform zu finden, ergibt sich aus dem hessischen Abfallrecht. In Hessen sind, anders als in den meisten übrigen Bundesländern, die abfallwirtschaftlichen Aufgaben zwischen den Städten und Gemeinden einerseits und den Landkreisen andererseits aufgeteilt.
Demnach sind die Kommunen für das Einsammeln der Abfälle in ihrem Gebiet und der Kreis für den Transport und die Entsorgung aller eingesammelten Abfälle zuständig. Allein aus dieser Aufgabendefinition ergeben sich zwangsläufig Berührungspunkte und Schnittstellen, so dass es im Hinblick auf eine von allen angestrebte kostengünstige und sachgerechte Entsorgung der anfallenden Abfälle nur sinnvoll und logisch erscheint, die Kompetenzen, Zuständigkeiten und Aufgaben in einer gemeinsamen Organisation zu bündeln.

6.2.3 Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:	Herr Jürgen Lehmberg, Vorsitzender Herr Gerhard Strauch Herr Rolf Reinhard Herr Heinz Roos Herr Gerhard Herbert	
Verbandsversammlung:	Herr Alfons Haag, Vorsitzender sowie 36 weitere Vertreter der beteiligten Mitglieder im Zweckverband	
Mitglieder und Anteile: (Stand: 01.01.2005)	Kreis Bergstraße Abtsteinach Bensheim	50% 0,72% 11,61%

Biblis	2,62%
Birkenau	3,08%
Bürstadt	4,52%
Einhausen	1,76%
Fürth	3,26%
Grasellenbach	1,15%
Groß-Rohrheim	1,17%
Heppenheim	7,49%
Lautertal	2,18%
Lindenfels	1,59%
Mörlenbach	3,11%
Neckarsteinach	1,16%
Rimbach	2,52%
Zwingenberg	2,07%

Geschäftsführer: Herr Hilbert Bocksnick

6.2.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform: Zweckverband

Gründung: 27. Juni 2002

Stammkapital: 409.000,-- €

Jahresabschluss: 2006
Festgestellt am 25.09.2007

Abschlussprüfer: W & P AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Beteiligungen: BUS GmbH – 51%

6.2.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Keine

6.2.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Keine

6.2.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

6.2.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	0,00	106.279,42
B. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	80.609,00	121.529,00
II. Sachanlagen	14.289.868,21	15.509.321,32
III. Finanzanlagen	65.662,01	65.902,02
	14.436.139,22	15.696.752,34
C. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	4.336,36	373,15
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.071.752,73	2.698.871,38
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	11.062.485,39	12.312.039,45
	13.138.574,48	15.011.283,98
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.789,63	5.056,37
E. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	293.151,03	2.628.266,51
AKTIVA insgesamt	**27.873.654,36**	**33.447.638,62**

PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Rücklagen	409.033,50	409.033,50
II. Gewinnvortrag	-3.037.300,01	-3.604.770,43
III. Jahresüberschuss	2.335.115,48	567.470,42
IV. nicht gedeckter Fehlbetrag	293.151,03	2.628.266,51
	0,00	0,00
B. Rückstellungen	14.363.668,41	17.316.422,87
C. Verbindlichkeiten	13.509.985,95	16.131.215,75
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
PASSIVA insgesamt	**27.873.654,36**	**33.447.638,62**

6.2.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	19.030.480,15	19.159.925,79
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.017.429,01	2.536.464,61
	24.047.909,16	21.696.390,40
3. Personalaufwand	2.529.514,21	2.713.626,77
4. Materialaufwand	13.737.533,59	12.988.605,65
	16.267.047,80	15.702.232,42
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.207.143,19	2.299.854,90
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.129.900,34	2.644.536,14
	5.337.043,53	4.944.391,04
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.527,31	121,31
8. Zinsen und ähnliche Erträge	340.949,65	292.015,65
	343.476,96	292.136,96
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	448.787,67	771.317,51
	448.787,67	771.317,51
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**2.338.507,12**	**570.586,39**
12. Sonstige Steuern	3.391,64	3.115,97
13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	**2.335.115,48**	**567.470,42**

6.2.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Wegen der rechtzeitig abgeschlossenen langfristigen Verträge bestehen keine Risiken bei der Entsorgungspflicht in Bezug auf Kapazitätsengpässe in den thermischen Abfallbeseitigungsanlagen. […]

Der Wirtschaftsplan 2007 schließt mit einem erwarteten Verlust von 291 T€ bei Gesamterträgen von 20.575 T€.
Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag konnte im Berichtsjahr von 2.629 T€ auf 293 T€ abgebaut werden.
Nach aktueller Sachlage können die so beschriebenen Planziele erreicht werden.“

6.3 Verband Region Rhein-Neckar

P 7, 20 – 21
68161 Mannheim

Telefon: 0621 / 10708-0
Email: info@vrrn.de
Internet: www.verband-region-rhein-neckar.de

Raumordnungsverband Rhein-Neckar

6.3.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Verband erfüllt nachfolgende Aufgaben:

- Erstellung von Konzepten zur Koordinierung regionaler Infrastruktur- und Entwicklungsaufgaben
- Beratung der Träger der Bauleitplanung sowie anderer Planungsträger
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der Landesentwicklungspläne / -programme und fachlichen Entwicklungspläne der Länder
- Mitwirkung an Raumordnungsverfahren
- Mitwirkung bei den Fachplanungen der Länder
- Regionale Initiativen zur Förderung und Entwicklung des Rhein-Neckar-Dreiecks

Kooperation mit anderen Trägern regionaler Aufgaben

6.3.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der am 1. Januar 2006 gegründete Verband Region Rhein-Neckar basiert auf dem Staatsvertrag Rhein-Neckar vom 26. Juli 2005. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und Rechtsnachfolger des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar, des Regionalverbandes Rhein-Neckar-Odenwald (bis Mai 2003: Unterer Neckar) in Baden-Württemberg und der linksrheinischen Planungsgemeinschaft Rheinpfalz.

Die Gremien und die Verwaltung stellen sicher, dass die mehr als 35-jährige Kooperationserfahrung in der Metropolregion Rhein-Neckar bei der Aufstellung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar 2020 und bei der Umsetzung der neuen Trägerschaftsaufgaben die Arbeit prägt.

Der Verband ist demokratisch legitimiert und stellt den Ort der politischen Willensbildung in der Metropolregion Rhein-Neckar dar. Er betreibt Regionalentwicklung durch Planung und Umsetzungsprojekte und stimmt mit dem Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. und dem IHK-Wirtschaftsforum die strategischen Ziele ab. Dabei ist er regional-politischer Meinungsbildner und Meinungsführer und damit zugleich für den Konsens und die Schaffung klarer politischer Entscheidungen verantwortlich. Er ist Botschafter für wirtschaftliche Belange in den politischen Gremien und vermittelt im Gegenzug der Wirtschaft die politischen Aspekte regionalen Handelns.

6.3.3 Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung:	Die Verbandsversammlung besteht aus 66 Politikern aus Stadt- und Landkreisen. Vorsitzender: Herr Wolfgang Pföhler, Bgm. a.D.
Mitglieder:	Regionalverband Rhein-Neckar-Odenwald Planungsgemeinschaft Rheinpfalz Kreis Bergstraße
Verwaltungsleiter:	Herr Dr. Hans-Jürgen Seimetz

6.3.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Zweckverband
Gründung:	16. Mai 1970
Stammkapital:	Der Verband ist umlagenfinanziert.
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 23.03.2007

6.3.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Die Umlage des Kreises im Jahre 2006 an den Verband betrug 159.972,67 T€.

6.3.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Das jahresbezogenen Defizit des Kreises 2006 betrug 27,4 Mio. €.

6.3.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

6.3.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

Wirtschaftliche Eckdaten		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt	2.992.118,97	2.596.828,47
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt	687.873,39	53.803,78
Summe bereinigter Soll - Einnahmen	**3.679.992,36**	**2.650.632,25**
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	2.992.118,97	2.596.828,47
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	687.873,39	53.803,78
Summe bereinigte Soll - Ausgaben	**3.679.992,36**	**2.650.632,25**
Fehlbetrag / Überschuss	**0,00**	**0,00**
Stand der Schulden zum 31.12.	0,00	0,00
Stand der Rücklagen zum 31.12.	1.520.576,64	888.987,68

6.4 Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd

Gräffstraße 5
64646 Heppenheim

6.4.1 Gegenstand des Unternehmens

Unschädliche Beseitigung von Tieren, Tierkörperteilen, Konfiskaten, Schlachtabfällen und Blut sowie sonstigen Erzeugnissen tierischer Herkunft.

6.4.2 Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:	Herr Matthias Wilkes (Vorsitzender) Herr Alfred Jakoubek Frau Wiltrud Risch-Laasch Herr Dietrich Kübler Herr Bernd Klee Herr Klaus Eberle
Mitglieder:	Die Landkreise Aschaffenburg, Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Hochtaunuskreis, Main-Kinzig-Kreis, Main-Taunus-Kreis, Odenwaldkreis, Offenbach, Rhein-Neckar-Kreis und Wetterau-kreis sowie die kreisfreien Städte Aschaffenburg, Darmstadt, Frankfurt am Main, Mannheim, Offenbach am Main und Wiesbaden.
Geschäftsführerin:	Herr Bocksnick

6.4.3 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Zweckverband
Gründung:	01. Juli 1994
Stammkapital:	Der Verband ist umlagenfinanziert.
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 27.04.2007
Abschlussprüfer:	Revisionsamt des Kreises Bergstraße

Hinweis:	Ab 1.4.2001 ist die Beseitigungspflicht gemäß § 4 Abs. 2 Tierkörperbeseitigungsgesetz vom Regierungspräsidium Darmstadt auf Antrag des Zweckverbandes auf zwei private Firmen übertragen worden. Die Übertragung ist zunächst auf die Dauer von 10 Jahren befristet. Gleichzeitig ist der Zweckverband von seiner Verpflichtung entbunden. Der Zweckverband wird als ruhender Verband aufrecht erhalten. Hiermit ist gewährleistet, dass bei einer Beendigung der Übertragung die Aufgaben nicht auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte zurückfallen.

6.4.4 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Der Hessischen Tierseuchenkasse wurden 49.041,63 € zugeführt.

6.4.5 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Das jahresbezogenen Defizit des Kreises 2006 betrug 27,4 Mio. €.

6.4.6 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

6.4.7 Bilanzdaten / Vermögensdaten

Wirtschaftliche Eckdaten		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	72.530,15	55.092,91
Einnahmen des Vermögenshaushaltes	69.650,11	49.216,71
Gesamteinnahmen	**142.180,26**	**104.309,62**
Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	72.530,15	55.092,91
Ausgaben des Vermögenshaushaltes	69.650,11	49.216,71
Gesamtausgaben	**142.180,26**	**104.309,62**
Fehlbetrag / Überschuss	**0,00**	**0,00**
Stand der Schulden zum 31.12.	0,00	0,00
Stand der Rücklagen zum 31.12.	288.458,43	358.108,54

Einnahmen und Ausgaben im Haushalt des Kreises Bergstraße		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
Erbbauzins Hhst.: 729.142	0,00	0,00
Anteil am Erbbauzins Hhst.: 729.530	0,00	0,00
Hessische Tierseuchenkasse, Zuschuss Hhst.: 729.673	50.000,00	42.000,00
Gesamtausgaben	**50.000,00**	**42.000,00**

6.5 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN)

B1, 3-5
68159 Mannheim

Internet: www.vrn.de

6.5.1 Gegenstand des Unternehmens

Planungen oder Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs.

6.5.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

(1) Der Zweckverband hat die Aufgabe, für das Verbandsgebiet die Grundsätze nach Artikel 2 des Grundvertrages für den Verkehrsverbund Rhein-Neckar zu verwirklichen, insbesondere

- den öffentlichen Personennahverkehr zu fördern und zu unterstützen sowie die gemeinsamen Belange zu vertreten,
- den Verkehrsverbund weiterzuentwickeln und auf Dauer nach Maßgabe dieser Satzung sowie des Grundvertrags mitzufinanzieren,
- im Rahmen seiner Kompetenzen verkehrspolitische Leitlinien für die Verkehrsinfrastruktur und die Verkehrsbedienung festzulegen und fortzuschreiben,
- einen Rahmen für die Nahverkehrspläne der kommunalen Mitglieder vorzugeben und zur Koordination der Nahverkehrspläne der Mitglieder durch Entscheidung über den Ausgleich einander widersprechender oder miteinander unvereinbarer Vorgaben einen gemeinsamen Nahverkehrsplan aufzustellen,
- im Auftrag seiner kommunalen Mitglieder die Funktion des Aufgabenträgers und der zuständigen Behörde nach der EG- Verordnung Nr. 1191/69 F 91 für den öffentlichen Personennahverkehr wahrzunehmen, soweit ihm diese übertragen ist,
- als Gesellschafter einer Verbundgesellschaft im Rahmen der abgeschlossenen Verträge die Verkehrsplanung, das Leistungsangebot, den Tarif, die Einnahmenaufteilung sowie die Verbundinformation mit Fahrplan, das Verbundmarketing, die Öffentlichkeitsarbeit und die Werbung für den Verbundverkehr mit zu gestalten,
- weitere ihm durch gesonderte Vereinbarung übertragene Planungen oder Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs wahrzunehmen.

(2) Die Durchführung des Verkehrs selbst ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes

6.5.3 Organe des Unternehmens

Gesellschafter:	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN)
	Mitglieder:
	Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz
	Main-Tauber-Kreis, Rhein-Neckar Kreis, Stadtkreise Heidelberg und Mannheim, Landkreise Bergstraße, Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Donnersberg, Rhein-Pfalz, Kaiserslautern, Kusel, Ludwigshafen, Südliche Weinstraße, Südwestpfalz, Rhein-Neckar-Kreis
	Die kreisfreien Städte Frankenthal, Landau, Ludwigshafen/Rh., Neustadt/Wstr., Pirmasens, Zweibrücken, Speyer und Worms
Geschäftsführer:	Herr Werner Schreiner

6.5.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Zweckverband
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 29. September 2007
Abschlussprüfer:	Rechnungsprüfungsamt Stadt Mannheim

6.5.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Die Verbandsumlage in Höhe von 244.311,92 € wurde im Jahre 2006 dem Verband zugeführt.

6.5.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Das jahresbezogenen Defizit des Kreises 2006 betrug 27,4 Mio. €.

6.5.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

6.5.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	1.944.328,21	34.512,20
	1.944.328,21	34.512,20
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	519.048,69	443.400,50
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.805.585,38	1.262.264,39
	3.324.634,07	1.705.664,89
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
AKTIVA insgesamt	**5.268.962,28**	**1.740.177,09**

PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	0,00	0,00
II. Rücklagen	416.409,17	287.319,25
III. Gewinnvortrag	0,00	29.635,34
IV. Jahresüberschuss	283.906,42	99.454,58
	700.315,59	416.409,17
B. Rückstellungen	67.160,00	38.034,00
C. Verbindlichkeiten	4.501.486,69	1.285.733,92
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
PASSIVA insgesamt	**5.268.962,28**	**1.740.177,09**

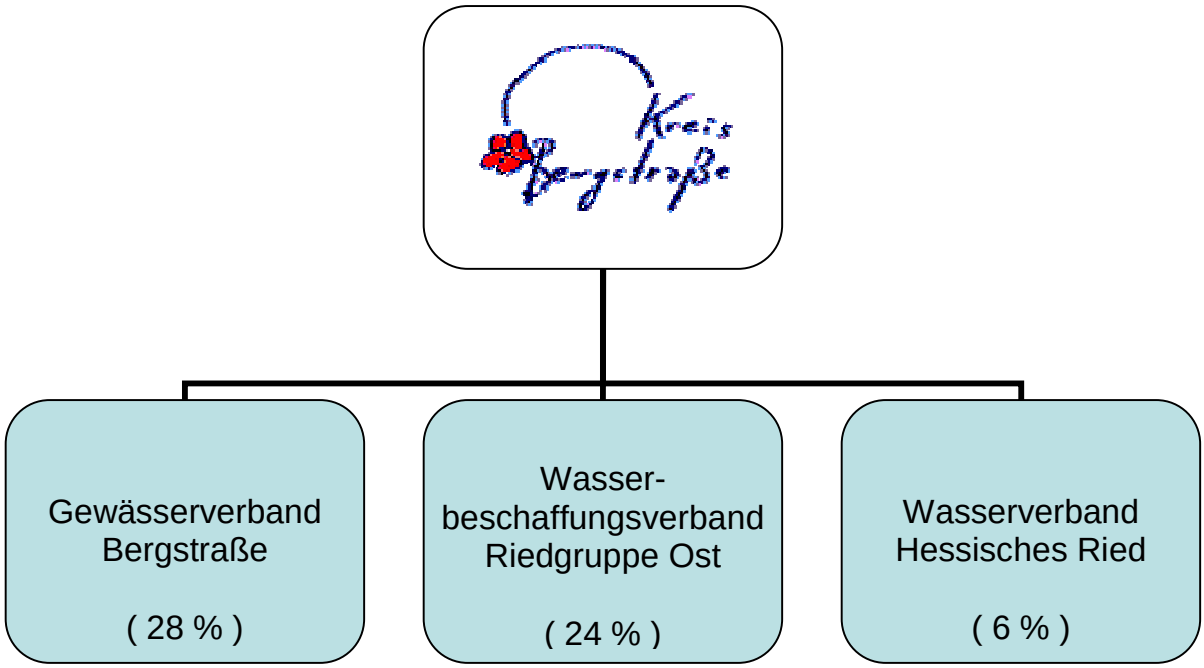
6.5.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	23.204.042,68	20.042.379,97
2. Sonstige betriebliche Erträge	46.550,71	44.055,12
	23.250.593,39	20.086.435,09
3. Personalaufwand	47.610,54	81.126,16
4. Materialaufwand	22.911.630,85	19.874.270,95
	22.959.241,39	19.955.397,11
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	58.153,93	58.241,62
	58.153,93	58.241,62
7. Zinsen und ähnliche Erträge	64.480,43	26.658,22
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.772,08	0,00
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**283.906,42**	**99.454,58**
10. Jahresüberschuss	**283.906,42**	**99.454,58**

6.5.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen (schwierige Finanzlage der öffentlichen Hand, mögliche Änderungen bei der steuerlichen Behandlung der Querverbundsverträge, Kürzung bei der Investitions- und Fahrzeugförderung, Absenkung der Ausgleichszahlungen im Ausbildungsverkehr und für die Beförderung von Schwerbehinderten, Kürzung der Regionalisierungsmittel, Reduzierung der Verbundförderung), sich entwickelnder Wettbewerb sowie die Ungewissheit über die Ausgestaltung des europäischen Rechtsvolumens beinhalten erhebliche Risiken und Unsicherheiten im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Nahverkehrs."

7. Wasserverbände



Hinweis: Grundsätzlich stellen Verbände nach dem Wasserverbandsgesetz keine wirtschaftlichen Unternehmen im Sinne des § 121 HGO dar. Um ein Gesamtbild der Beteiligungen und Mitgliedschaften des Kreises zu garantieren, ist die hier gewählte Gesamtdarstellung jedoch sinnvoll.

7.1 Gewässerverband Bergstraße

An der Weschnitz 1
64653 Lorsch

Telefon: 0 62 51/5 24 85
Email: info@gewaesserverband-bergstrasse.de
Internet: www.gewaesserverband-bergstrasse.de

7.1.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Verband hat die Aufgabe, die Gewässer im Verbandsgebiet zu unterhalten bzw. im Rahmen der Unterhaltung auszubauen, Renaturierungen an den Verbandsgewässern zu planen und durchzuführen. Er hat Maßnahmen zum Hochwasserschutz im Verbandsgebiet zu planen und durchzuführen, Hochwasserrückhaltebecken zu erstellen und zu betreiben.

7.1.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Städte und Gemeinden sind gemäß den einschlägigen Wassergesetzen Eigentümer der Gewässer und somit zu ihrer Unterhaltung verpflichtet. Diese Verpflichtung hat der Verband übernommen, zusammen mit dem Auftrag die für den Hochwasserschutz notwendigen Baumaßnahmen zu planen, zu bauen und zu erhalten. Die Finanzierung der Aufgaben erfolgt über einen Schlüssel, der alle Mitglieder entsprechend ihrer Gewässerlänge, Wertigkeit, Flächengröße u. ä. belastet. Grundsatz für alle Leistungen ist der Solidargedanke, um mit vereinten Kräften den gestellten Auftrag zu erfüllen.

7.1.3 Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:	Herr Jürgen Lehmberg (Vorsteher) Herr Gerhard Strauch Herr Jürgen Kaltwasser Herr Gerhard Herbert
Verbandsversammlung: Mitglieder	Kreis Bergstraße Alsbach-Hähnlein Bensheim Biblis Birkenau Bürstadt Einhausen Fürth Gernsheim Groß-Rohrheim Heppenheim Lampertheim

	Lautertal Lindenfels Lorsch Mörlenbach Rimbach Viernheim Zwingenberg
Geschäftsführer:	Herr Bernd Dewald

7.1.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Zweckverband
Gründung:	01. Januar 2001
Stammkapital:	Der Wasserverband ist umlagenfinanziert.
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 21.08.2007
Abschlussprüfer:	Revisionsamt des Kreises Bergstraße

7.1.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Die Umlage an den Verband betrug im Jahre 2006: 307.515,00 €.

7.1.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Das jahresbezogenen Defizit des Kreises 2006 betrug 27,4 Mio. €.

7.1.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

7.1.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

Wirtschaftliche Eckdaten		
	31.12.2006 €	Vorjahr €
Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	1.288.006,04	1.351.193,05
Einnahmen des Vermögenshaushaltes	345.840,70	622.148,38
Gesamteinnahmen	**1.633.846,74**	**1.973.341,43**
Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	1.288.006,04	1.351.193,05
Ausgaben des Vermögenshaushaltes	345.840,70	622.148,38
Gesamtausgaben	**1.633.846,74**	**1.973.341,43**
Fehlbetrag / Überschuss	**0,00**	**0,00**
Stand der Schulden zum 31.12.	159.962,86	183.977,96
Stand der Rücklagen zum 31.12.	666.445,28	591.959,00

Einnahmen und Ausgaben im Haushalt des Kreises Bergstraße		
	31.12.2006 €	Vorjahr €
Umlage Hhst. 690.6614	307.515,00	307.515,00
Gesamtausgaben	**307.515,00**	**307.515,00**

7.2 Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost

Außerhalb 22
64683 Einhausen-Jägersburg

Telefon: 06251 937-0
Email: info@riedgruppe-ost.de
Internet: www.riedgruppe-ost.de

7.2.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Verband hat die Aufgabe, das für die Versorgung der Mitgliedsgemeinden erforderliche Trinkwasser zu beschaffen und an diese zu liefern sowie alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Trinkwasserversorgung des Rhein-Main-Ballungsraumes auf lange Sicht durch anteilige Grundlastlieferungen sicherzustellen.

7.2.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der Verband ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991 (BGBL I, Seite 405), zuletzt geändert am 15. Mai 2002 (BGBL I, Seite 1578). Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

7.2.3 Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:	Herr Klaus Schwab (Vorsteher) Herr Markus Hirth (stellvertretender Vorsteher) Herr Kurt Knapp Herr Thorsten Herrmann Herr Paul Wachtel
Verbandsversammlung: Mitglieder	Herr Reinhard Diehl Herr Ingo Bettels Herr Walter Öhlenschläger Herr Franz Apfel (bis 29.09.2005) Herr Reinhold Keil (ab 13.10.2005) Frau Katrin Hechler
Geschäftsführer:	Herr Manfred Scholz

7.2.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Zweckverband

Gründung:	17. Dezember 1957
Stammkapital:	0,00 €
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 17. Februar 2006
Abschlussprüfer:	Schüllermann und Partner AG

7.2.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Keine

7.2.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Keine

7.2.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

7.2.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen	12.118.824,94	12.629.340,81
II. Finanzanlagen	48.903,92	53.356,58
	12.167.728,86	12.682.697,39
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	42.870,00	32.300,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	350.808,02	568.017,36
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.359.706,83	2.778.550,48
	3.753.384,85	3.378.867,84
AKTIVA insgesamt	**15.921.113,71**	**16.061.565,23**
PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	0,00	0,00
II. Rücklagen	4.610.000,00	4.410.000,00
III. Gewinnvortrag	500.517,97	525.083,26
	5.110.517,97	4.935.083,26
B. Rückstellungen	1.400.520,00	1.155.230,00
C. Verbindlichkeiten	9.410.075,74	9.971.251,97
PASSIVA insgesamt	**15.921.113,71**	**16.061.565,23**

7.2.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	6.469.690,50	6.219.639,86
2. Sonstige betriebliche Erträge	592.313,70	749.167,32
	7.062.004,20	6.968.807,18
3. Personalaufwand	1.581.363,19	1.541.413,56
4. Materialaufwand	473.979,17	456.732,78
	2.055.342,36	1.998.146,34
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	819.570,47	786.339,12
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.844.599,30	2.833.557,72
	3.664.169,77	3.619.896,84
7. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.971,54	2.133,28
8. Zinsen und ähnliche Erträge	81.882,31	74.874,66
	83.853,85	77.007,94
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	507.758,96	540.823,39
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**918.586,96**	**886.948,55**
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	413.952,34	362.222,25
12. Sonstige Steuern	9.199,91	8.575,86
13. Jahresüberschuss	**495.434,71**	**516.150,44**

7.2.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Da die Mitglieder des Verbandes ausschließlich Gebietskörperschaften sind, wurden die Darlehen ohne Besicherung zur Verfügung gestellt. Die Finanzierung des Verbandes ist kurz- und langfristig gesichert. […]

Die Geschäftsleitung arbeitet gezielt daran, den hohen technischen Standard der Verbandsanlagen zu sichern, um auch in Zukunft allen Abnehmern des Verbandes qualitativ einwandfreies Trinkwasser in ausreichender Menge und zu einem günstigen Preis liefern zu können."

7.3 Wasserverband Hessisches Ried

Taunusstraße 100
64521 Groß-Gerau

Telefon: 0 69/2 54 90-0
Email: info@whr-biebesheim.de
Internet: www.whr-biebesheim.de

7.3.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Verband hat die landwirtschaftliche Beregnung im Hessischen Ried und die Grundwasseranreicherung im Einzugsbereich seiner Grundwasserförderanlagen und im Einzugsbereich der Grundwasserförderung seiner Mitglieder durch Verwendung von aufbereitetem Rheinwasser aus dem Wasserwerk Biebesheim sicherzustellen.

7.3.2 Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen

Der Wasserverband spielt eine zentrale Rolle bei der Grundwasserbewirtschaftung. Diese zielt auf die langfristige Sicherstellung der Wasserversorgung, den Ausgleich klimatisch bedingter Schwankungen des Grundwasserspiegels und die Verbesserung der ökologischen Verhältnisse im Ried.

7.3.3 Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand:	Herr Gunther Kramm (Vorsteher) Herr Wulf Abke (stellvertretender Vorsteher) Herr Hans Jürgen Fischer Herr Reiner Lameli Herr Peter Stiens Herr Manfred Scholz Herr Rolf Geiger Herr Horst Gölzenleuchter Herr Günther Jöst Herr Dieter Wenzel
Verbandsversammlung: Mitglieder	Wasser-, Boden- und Landschaftspflegeverband Hessen Hessenwasser GmbH & Co. KG Wasserbeschaffungsverband Riedgruppe Ost Landkreis Darmstadt-Dieburg Landkreis Groß-Gerau Landkreis Bergstraße Stadt Darmstadt
Geschäftsführer:	Geschäftsführer ist die Hessenwasser GmbH & Co. KG (§ 22 der Verbandssatzung), diese wird vertreten durch die Hessenwasser Verwaltungs-GmbH mit dem Geschäftsführer Herrn Wulf Abke.

7.3.4 Rechtliche und wirtschaftliche Daten des Unternehmens

Rechtsform:	Zweckverband
Gründung:	26. September 1979
Stammkapital:	Der Wasserverband ist umlagenfinanziert.
Jahresabschluss:	2006 Festgestellt am 07. November 2006
Abschlussprüfer:	Deloitte & Touche GmbH

7.3.5 Kapitalzuführungen und –entnahmen durch den Kreis Bergstraße

Die Umlage an den Verband betrug im Jahre 2006: 77.368,42 €.

7.3.6 Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die Kreditaufnahme des Kreises Bergstraße

Das jahresbezogenen Defizit des Kreises 2006 betrug 27,4 Mio. €.

7.3.7 Gewährte Sicherheiten durch den Kreis Bergstraße

Keine

7.3.8 Bilanzdaten / Vermögensdaten

BILANZ		
AKTIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	131.440,00	200.515,91
II. Sachanlagen	13.102.606,66	13.909.718,54
III. Finanzanlagen	42.851,11	45.352,76
	13.276.897,77	14.155.587,21
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	103.875,66	127.805,68
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.239.520,30	5.282.923,44
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	624.508,83	1.956.138,99
	1.967.904,79	7.366.868,11
C. Rechnungsabgrenzungsposten	150.378,36	163.697,57
AKTIVA insgesamt	15.395.180,92	21.686.152,89
PASSIVA	**31.12.2006 €**	Vorjahr €
A. Rückstellungen	23.700,00	65.292,97
B. Verbindlichkeiten	15.371.480,92	21.620.859,92
PASSIVA insgesamt	15.395.180,92	21.686.152,89

7.3.9 Daten der Erfolgsrechnung / Haushaltsdaten

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG		
	31.12.2006 **€**	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse	6.381.402,71	6.633.450,86
2. Sonstige betriebliche Erträge	143.438,44	5.602.060,20
	6.524.841,15	12.235.511,06
3. Materialaufwand	24.316,30	3.637.332,77
4. Personalaufwand	0,00	533.388,98
	24.316,30	4.170.721,75
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	949.985,44	981.193,62
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.772.567,75	6.220.792,70
	5.722.553,19	7.201.986,32
7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.317,96	1.436,11
8. Zinsen und ähnliche Erträge	9.203,44	20.797,28
	10.521,40	22.233,39
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	577.209,45	689.389,87
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**211.283,61**	**195.646,51**
11. außerordentliche Erträge	4.519.344,67	5.468,00
12. außerordentliche Aufwendungen	4.519.344,67	5.468,00
13. Sonstige Steuern	211.283,61	195.646,51
14. Jahresgewinn / Jahresverlust	0,00	0,00

7.3.10 Auszug aus dem Lagebericht

„Als wesentliches Risiko stellt sich insbesondere die gegenwärtige Beitragsstruktur und die Frage der künftigen Finanzierung des Verbandes dar. Der Wegfall der Zwischenfinanzierung für die Kostenanteile der sonstigen Grundwasserentnehmer sowie der zukünftigen Bescheide an die sonstigen Grundwasserentnehmer führt zu erheblichen Mehrbelastungen für alle Mitglieder des WHR. Ein Rückzug des Landes aus der Finanzierung aus der Finanzierung künftiger Investitionen hingegen die gesamten finanziellen Grundlagen des Verbandes in Frage stellen. […]

Chancen der künftigen Entwicklung bestehen aufgrund der satzungsmäßigen Aufgabenstruktur des Verbandes nicht.“

8. Gesetzliche Grundlagen (Auszüge)

§ 52 HKO – Wirtschaftsführung

(1) Für die Wirtschaftsführung des Landkreises gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung und der dazu erlassenen Übergangs- und Durchführungsbestimmungen mit Ausnahme des § 93 Abs. 2 Nr. 2 und der §§ 119 und 129 der Hessischen Gemeindeordnung entsprechend. Der Minister des Innern und der Minister der Finanzen können durch Verordnung Erleichterungen von diesen Bestimmungen für die Landkreise zulassen.

(2) Jeder Landkreis hat ein Rechnungsprüfungsamt einzurichten.

§ 121 HGO – Wirtschaftliche Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn
1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten
1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.

(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn
   1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
   2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

(7) Die Gemeinden haben mindesten einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

(8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass
   1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
   2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
   3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 HGO – Beteiligung an Gesellschaften

(1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn
   1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
   2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
   3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
   4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einer Gesellschaft, so hat sie darauf hinzuwirken, dass
1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
   a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
   b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
2. nach den Wirtschaftsgrundätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.

(5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 vom Hundert beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 HGO - Unterrichtungs- und Prüfungsrechte

(1) Gehören einer Gemeinde Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so hat sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,

2. darauf hinzuwirken, dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die

in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

Die Aufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen.

(2) Ist eine Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Befugnisse nach den §§ 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft

zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 123a HGO - Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Gemeinde mindestens über den fünften Teil der Anteile verfügt.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,

2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,

3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,

4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Gehören einer Gemeinde Anteile an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungsorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

§ 53 HGrG - Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;

2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;

3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 HGrG - Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 44 auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

Die Informationen basieren auf den Angaben der jeweiligen Gesellschaften, Eigenbetrieben und Verbänden. Änderungen wurden von uns nur im Rahmen der redaktionellen Anpassung bzw. nach Rücksprache vorgenommen.
Die Organe sind – soweit nicht ausdrücklich anders dargestellt – mit den Besetzungen des Jahres 2006 aufgeführt.

Der Stand der Bilanzdaten ist der 31.12.2006.

© Kreisausschuss des Kreises Bergstraße 2008
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung und Quellenangabe unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Kreis Bergstraße
Gräffstraße 5
64646 Heppenheim